

Redaktion und Verlag:  
Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: 27 Amt Dönhoff 292 bis 297  
Telegraphenadresse: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.  
Außwärts . . . . . 15 Pf.  
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

## Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

### Reaktion in der Schweiz

Die Schweizer Bürger unter Militärstrafrecht!

Eigener Bericht des „Vormärts“

Zürich, 10. November.

Der schweizerische Bundesrat hat beschlossen, auch die Zivilbevölkerung dem Militärstrafrecht zu unterstellen. Dieser Beschluß gilt nicht nur für den Kanton Genf, sondern auch für alle übrigen Kantone, in denen die Regierungen Truppen aufbieten sollten. Außerdem hat der Bundesrat beschlossen, ein Kavallerieregiment in Bereitschaft zu stellen.

#### Proteststreik in Lausanne

Die Arbeiterorganisationen von Lausanne, wo gestern nachts große Sympathie Kundgebungen für die Genfer Arbeiterschaft stattfanden, haben heute einen Aufruf erlassen, in welchem sie zu einem Generalstreik für die Dauer von vier Stunden zum Protest gegen die Vorfälle in Lausanne und Genf auffordern. Wie es heißt, sind besonders die Bauarbeiter dem Streikaufruf in großer Disziplin gefolgt.

#### Die Vorgeschichte

##### Bürgerliche Korruption in Genf

Um die Ursache des Blutvergießens zu verstehen, muß man die Erregung der Genfer Arbeiterschaft und Kleinbürger kennen, die durch eine ungeheure Korruption in der von Familiencliquen geführten Genfer Verwaltung schwer geschädigt worden sind. In den letzten beiden Jahren wurden

zahlreiche große Unterschleife aufgedeckt, bei denen sich die Günstlinge der Bankiers und reichen Bürgerfamilien auf Kosten des Kantons und der Stadt die Taschen gefüllt haben.

Dann brach die Banque de Genève zusammen, wobei sich herausstellte, daß fast sämtliche Aufsichtsräte große Kredite verspekuliert hatten, an ihrer Spitze der damalige Präsident der Kantonalverwaltung Morlaud. Die Sozialistenführer Dider und Nicole, beide Nationalräte, führten einen heftigen Kampf gegen die korrupte Verwaltung, was der Sozialdemokratie bei der Nationalratswahl ein Mandat mehr einbrachte. Indessen war ihre meist persönliche Kampfmethode nicht immer sehr glücklich. Nicole, als Chefredakteur des Sozialistenblattes „Le Travail“, wurde in verschiedenen Verleumdungsprozessen von der Genfer Klassenjustiz zu hohen Geldstrafen verurteilt, während die Hauptschuldigen an den Korruptionsstandalen nach Morlauds Tod ohne Strafe ausgingen.

Eine ungeheure Hehe gegen Nicole und Dider wurde von der faschistenfreundlichen und der Bankierpresse betrieben. Auf Mittwochabend hatte die brüchigste faschistische „Union nationale“ zu einer Versammlung aufgerufen, in der sie durch öffentliche Anklage aus der Hehe gegen Dider und Nicole für ihre bisher politisch einflusslose Clique politische Geschäfte machen wollte. Die Vertreter der Sozialdemokratie im Stadtparlament verlangten ein Verbot dieser Versammlung, was die Regierung mit dem Hinweis auf das Versammlungsrecht ablehnte.

Darauf organisierte Nicole eine Gegendemonstration auf der großen Straße nach Carouge, in der das Versammlungsort liegt. Schon am Dienstag hatte sich die Kantonalregierung in Genf von der Bundesregierung in Bern Truppen ausgebenen.

Am Mittwochnachmittag rückten 650 Mann der Lausanner Rekrutenschule in die Genfer Kasernen, die nahe dem Versammlungsort liegen. Am Abend landeten die Demonstranten sämtliche Zugangsstraßen zu dem Versammlungsort von Polizisten besetzt und mit Ketten abgeperrt. Nicole hielt eine Rede von den Schultern mehrerer

Parteisreunde, in der er nochmals die Korruption Revue passieren ließ und zum Halten der Strafe gegen die nationalistischen Heher aufforderte. Ein Kommunist forderte öffentlich zur Revolution auf. Aber außer einigen Versuchen, die Polizisten hinter die Absperrketten zurückzudrängen, geschah nichts Gewalttätiges. Die Arbeiter machten ihrer Erregung lediglich in Rufen Luft. Die Demonstranten zogen im Gegenteil weiter vom Saal weg, während eine ungeheure Menge Reugieriger in die schmale Zugangstraße zum größten Platz Genfs von der Carougestraße abgedrängt wurde. Trotzdem ließ der Chef der Genfer Polizei und Vorsitzende der Kantonalregierung Martin die Truppen alarmieren. Deren erste Abteilung wurde von der Menge angegriffen. Es wurden den Soldaten

teilweise die Stahlhelme und Waffen entrisen. Die Gewehre wurden zum Teil zerbrochen. Die jungen Milizrekruten sympathisierten zum Teil mit der Bevölkerung.

Ein zweiter Hüferus brachte dann eine stärkere Truppenmasse vor die große Ausstellungshalle. Etwa 50 von den 80 Soldaten, die in der Menge steckten, konnten sich zu ihren Kameraden zurückziehen. Sofort wurde mit einem leichten tragbaren Maschinengewehr eine Salve über die Menge abgegeben, ohne jede Ankündigung, sowie etwa 100

Schuß aus Infanteriegewehren. Die Menge war völlig überrascht und glaubte zuerst, es handele sich um Feuer mit Pappatronen. Aber zwei Tote blieben sofort auf dem Plage und im nahen Kantonshospital starben im Laufe der Nacht und des Mittwochvormittags noch zehn Verletzte.

Die Erklärungen des Bundespräsidenten Motia, der das Vorgehen des Militärs deckt, sowie die tröstelnden Proklamationen der Genfer Regierung nehmen jeden Zweifel darüber, daß man in Genf ein Exempel gegen die Arbeiter statuieren wollte.

Die Genfer Kantonalregierung hat sämtliche Versammlungen verboten, auch jede Ansammlung von Menschen auf den Straßen wird strengstens bestraft. Das Militär ist in Alarmzustand versetzt, d. h. die Soldaten bleiben in ihren Wohnungen und müssen sich auf Alarm hin sofort in Ausrüstung und Waffen an die Sammelplätze begeben.

Die Sozialistische Partei des Kantons Genf hat beschlossen, am Sonnabend einen allgemeinen Trauertag für die Opfer abzuhalten, bei dem man mit einer ungeheuren Massenbeteiligung rechnet. Die Ausrufung des Generalstreiks wurde vermieden, da man weiteres Blutvergießen und vergebliche Opfer verhindern wollte. Von den Toten ist einer Anarchist, einer Kommunist und einer Sozialdemokrat. Die übrigen Toten und Vermundeten sind sämtlich Reugierige.

### Kampfanfrage an Papen

Die Sozialdemokratie führt im Kampf

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei beschäftigte sich am Donnerstag nach einem Referat von Otto Wels mit der durch den Ausfall der Reichstagswahl geschaffenen politischen Lage. Es herrschte volle Uebereinstimmung darüber, daß es für die Sozialdemokratie nur schärfsten und rückichtslojesten Kampf gegen die jetzige Reichsregierung und ihre volksfeindlichen Pläne gebe. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird am Donnerstag, dem 17. November, zusammentreten und weitere Beschlüsse für ihr Vorgehen im Reichstag fassen.

#### Fort mit Papen!

Die Reichsregierung hat die Absicht, den Reichstag zum spätesten Termin einberufen zu lassen, der nach der Reichsverfassung möglich ist. Das ist der 6. Dezember. Von anderer Seite wird die sofortige Einberufung des Reichstags verlangt. Der Herrschaft der Papen-Barone soll so schnell wie möglich ein Ende gemacht werden. Das ist besonders das Ziel der Sozialdemokratie.

Aber die Einberufung des Reichstags ist erst möglich, wenn die Zusammenziehung des Reichstags amtlich feststeht. Bei dem Verhältniswahlrecht dauert das mindestens drei Wochen. Zunächst muß das Ergebnis in den einzelnen Wahlkreisen und in den Wahlkreisverbänden festgelegt werden. Dann erfolgt die Zuteilung der Sitze auf der Reichsliste. Da viele Kandidaten in mehreren Wahlkreisen aufgestellt sind, so muß auch erst ermittelt werden, welches der auf sie entfallenden Mandate sie annehmen. Alles das erfordert viel Zeit und ist bisher niemals vor Ablauf von 21 bis 25 Tagen möglich gewesen. Der früheste Termin zum Zusammentritt des Reichstags liegt also Ende November bzw. Anfang Dezember.

Die Sozialdemokratie wird ihre politischen Entschlüsse ohne Rücksicht auf den Termin des Reichstagszusammentritts fassen. Nachdem am Donnerstag bereits der Parteiausschuß zur politischen Lage Stellung genommen hat, wird die neue sozialdemokratische Reichstagsfraktion am kommenden Donnerstag, dem 17. November, zu ihrer ersten Sitzung zusammentreten. Die Sozialdemokratie wird den Kampf gegen das Präsidialkabinett Papen, für die Wiederherstellung der Demokratie und die Rechte des Parlaments energisch forsetzen. Besonders wird dafür Sorge getragen werden müssen, daß durch ein Ausführungsgezet zum Artikel 48 dem Mißbrauch der Verfassung endlich Einhalt geboten wird.

Der stärkste Stoß gegen die Papen-Regierung aber wird durch eine im Reichstag selbst erhobene Kritik an ihrer lediglich von Mißerfolgen reichen Politik geführt werden. Selbstverständlich wird die Sozialdemokratie sich auch weiterhin bemühen, das Los der Opfer der Wirtschaftskrise zu bessern. Wiederum werden Anträge auf Erhöhung der Unterstützung der Arbeitslosen gestellt werden. Durch Anträge auf Aufhebung der Sondergerichte und Erlass einer Amnestie für die Opfer einer ungerechten Justiz muß das verletzte Rechtsgesühl wiederhergestellt werden. Auch die bereits im letzten Reichstag gestellten Anträge auf Umbau der Wirtschaft werden neu eingebracht werden.

#### Das amerikanische Parlament

Verhältnis 3:1

New York, 10. November.

Die letzten Ergebnisse der amerikanischen Kongresswahlen sind: 309 Demokraten, 110 Republikaner, 3 Farmer- und Arbeiterpartei gewählt; zweifelhaft sind noch 13 Kongressmitglieder.

### Novemberstürme

Sozialdemokratie vor neuen Aufgaben

Von S. Aufhäuser

„Um die Partei einheitlich auf die ihr erwachsenden neuen Aufgaben geistig und organisatorisch einzustellen, beantragt der Bezirksparteitag beim Parteivorstand die baldige Einberufung eines Reichsparteitages.“ (Außerordentl. Bezirksparteitag SPD, Berlin, 8. Oktober 1932.)

Das Wahlergebnis vom 6. November ist der Protest eines ganzen Volkes gegen die autoritäre Staatsführung und gegen die kapitalistische Verelendung der Massen. Die Wählerschaft hat sich durch den Familienstreit Papen-Hitler nicht täuschen lassen. Sie hat deshalb nicht nur die Regierung ohne Volk gelassen, sondern gleichzeitig dem Verfallsprodukt der kapitalistischen Reaktion, dem Faschismus, eine empfindliche Niederlage beigebracht. Auf der anderen Seite wird der wahrnehmbare Erfolg der Kommunisten nicht etwa als das Bekenntnis der Wähler zur Moskauer Parteipolitik ausgelegt werden können, sondern als eine radikale Demonstration gegen die augenblickliche Herrschaft in Staat und Wirtschaft. Ohne Hitler kein Papen — ohne Papen keine hundert Kommunisten im Reichstag.

Der faschistischen Rebellion vom 14. September 1930 ist die kommunistische vom 6. November 1932 gefolgt. Aber Rebellion ist nicht Revolution, und aus der gefühlsmäßigen Aufwallung sozialer Verzweiflung läßt sich weder das Dritte Reich, noch ein Sowjetdeutschland schaffen. Es kommt nach dem 6. November mehr denn je darauf an, eigenen positiv sozialistischen Tatwillen zu gestalten. Darum wäre es verfehlt, unser Handeln in nächster Zeit lediglich von dem Verlauf des von der Reaktion eingeleiteten Kuhhandels über die neue Regierungsbildung abhängig machen zu wollen. Die antimarxistischen Kräfte sind seit dem Wahltag erneut vom bolschewistischen Bürgerjoch befallen; sie blasen zur „nationalen Konzentration“. Hitler hat sich zwar erneut feierlich gegen den Reichskanzler als Person erklärt, doch hat er keine Kriegserklärung gegen dessen System abgegeben. Die Feindschaft gegen die Arbeiterklasse wird auf der Gegenseite alle Schwierigkeiten personeller Art überwinden lassen und schließlich ist außer Papen und Hitler auch General Schleicher noch da. Das Zustandekommen einer parlamentarisch vom Zentrum bis zu den Nationalsozialisten getragenen Regierung setzt die Mitwirkung Hugenburgs voraus, und es wäre eine Illusion, in einer solchen Rechtskoalition noch eine Heimstätte für die Demokratie suchen zu wollen. Die autoritäre Regierung ohne Reichstag wäre Herrendiktatur, die autoritäre Regierung mit parlamentarischer Rechtsmehrheit ist Klassenherrschaft. In beiden Fällen geht es um die Verfassung, das Volksrecht und die Rettung des Kapitalismus auf Kosten der breiten Massen.

Die klassenmäßige Zuspitzung, die mit dem Signal vom 20. Juli blutig aufgeleuchtet hat, wird die Sozialdemokratie veranlassen, ihre Kampfmethoden und Kampfmöglichkeiten zu überprüfen. Die Arbeiterbewegung muß an dem geschichtlichen Wendepunkt von heute die Kraft und die Freiheit haben, sich auf die ihr erwachsenden neuen Aufgaben einzustellen und sich, soweit notwendig, organisatorisch und geistig umzustellen.

Das äußere Zeichen der völlig veränderten politischen Situation war die Verdrängung aller Vertrauensleute der Arbeiterklasse aus dem Staatsapparat, insbesondere

# Preußen im Reichsrat

Ein Vorstoß — Es soll neu verhandelt werden

Nach mehrmonatiger Pause trat am Donnerstagabend der Reichsrat wieder zu einer Vollziehung zusammen. Presse und Öffentlichkeit waren ungewöhnlich stark vertreten. Für die Reichsregierung war Reichsinnenminister Freiherr v. Gahl mit seinem Staatssekretär Dr. Zweigert und dem Ministerialdirektor Dr. Gohlheiner erschienen, für Preußen die Ministerialdirektoren Dr. Brecht, Dr. Badt und Dr. Cohnmann.

## Erklärung Preußens

Nachdem Minister v. Gahl die Sitzung eröffnet hatte, nahm sofort Ministerialdirektor Dr. Brecht das Wort, um namens der preussischen Staatsregierung folgende Erklärung abzugeben:

Seit mehr als drei Monaten hat der Reichsrat nicht tagen können, weil die Reichsregierung durch ein, wie nunmehr feststeht, mit der Reichsverfassung nicht im Einklang stehendes Vorgehen der preussischen Staatsregierung an der Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten im Reichsrat verhindert hat.

Es war der Wunsch der preussischen Staatsregierung, das Vergangene im Reichsrat still zu übergehen. Sie hat daher in eine Auffhebung der ersten Vollziehung des Reichsrats bis auf mehr als zwei Wochen nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs gewilligt. Leider ist es in diesem langen Zeitraum trotz des größten Entgegenkommens der preussischen Staatsregierung bis heute nicht gelungen, eine befriedigende Regelung herbeizuführen. Auf Wunsch von Persönlichkeiten aus der Mitte des Reichsrats, die sich um eine solche Regelung bemühen und die Hoffnung haben, daß sie bis Sonnabend zustande kommt, und im Interesse anderer letzter Versuche um eine Verständigung sieht die preussische Staatsregierung davon ab, die Sachlage heute genauer darzustellen. Sie begnügt sich mit folgenden Feststellungen:

Der Staatsgerichtshof hat den Vorwurf der Pflichtverletzung gegen das Land Preußen in vollem Umfange für unbegründet erklärt. Er hat die Anwendung des Artikels 43 Abs. 1 für unzulässig erklärt. Es gibt also keine Reichsregulation gegen Preußen.

Der Staatsgerichtshof hat ferner festgestellt, daß die auf Grund des Artikels 43 Abs. 2 bestellten Reichskommissare niemals Landesregierungen werden und auch niemals an die Stelle der Landesregierungen treten können. Wenn Reichskommissare Zuständigkeiten übernehmen, so können sie dies nur in der Weise tun, daß sie der Landesregierung vorübergehend Zuständigkeiten entziehen und sie vorübergehend auf das Reich übertragen.

Die Reichsregierung führt diese grundsätzlichen Gesichtspunkte der Entscheidung des Staatsgerichtshofs nicht durch. Die Reichskommissare bezeichnen sich weiter als kommissarische „Landesregierungen“, also als Ersatz der Landesregierungen. Sie erlassen unter der Dienstbezeichnung preussischer Minister und des preussischen Staatsministeriums ihre Schreiben, Verfügungen und Verordnungen. Auch im übrigen verfahren sie der preussischen Staatsregierung die Wiedereröffnung in ihre Ämter als Landesregierungen noch immer in weitem Umfange.

Diese Lage berührt in einem solchen Maße die Grundlagen der geltenden Reichsverfassung, insbesondere der Rechtsstellung der Länder, daß sich die preussische Staatsregierung für ver-

pflichtet hält, dem Reichsrat hieron Kenntnis zu geben.

Die preussische Staatsregierung hat nicht nur die Rechte der gegenwärtigen, sondern auch künftiger preussischer Staatsregierungen zu wahren. Sie richtet als Mitglied des Reichsrats von dieser Stelle aus nochmals an die Reichsregierung die dringende Forderung, die unberechtigten Sondermaßnahmen in Preußen aufzuheben, mindestens aber die Entscheidung des Staatsgerichtshofs in lokaler Weise durchzuführen und die Staatsautorität, die nicht nur in der Reichsregierung, sondern auch in den Landesregierungen verkörpert ist, selbst vorbildlich zu achten.

## Das Reich weicht aus

Reichsminister Freiherr v. Gahl: Die ganze Angelegenheit gehört nach Auffassung der Reichsregierung nicht vor das Forum des Reichsrats, nachdem das Urteil des Staatsgerichtshofs ergangen ist, sondern bleibt, wie schon das Urteil festgestellt hat, Sache der Vereinbarung zwischen den Beteiligten, nämlich dem preussischen Staatsministerium und dem Reichskommissar für Preußen. Der Reichskanzler hat in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preußen in Gegenwart des Reichspräsidenten bereits Gelegenheit seiner Aussprache mit dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun die lokale Durch-

führung des Urteils des Staatsgerichtshofs zugefagt. Die Verhandlungen über die Einzelheiten, die bereits seit längerer Zeit gepflogen worden sind, werden demnächst in einer neuerlichen Verhandlung, die der Reichskommissar inzwischen angeregt hat, hoffentlich einen befriedigenden Abschluß finden.

## Die neuen Reichsminister

Das Schreiben des Reichskanzlers über die Ernennung von Dr. Bracht und Dr. Popitz zu Reichsministern ohne Geschäftsbereich wird auf Antrag des preuss. Vertreters Dr. Brecht dem Haushaltsausschuß überwiesen, um die Frage der Ernennung der Minister nach der gesetzlichen Seite behandeln zu können.

Der Reichsrat erledigt dann eine Unzahl kleiner Vorlagen und Eingaben.

## Papen an Braun

Papen hat dem preussischen Ministerpräsidenten am Donnerstag schriftlich mitgeteilt, daß er zu Besprechungen über die Ausführung des Leipziger Urteils zur Verfügung stehe. Ministerpräsident Braun hat auf diesen Brief erwidert, daß er sich zu der vorgesehenen Besprechung bereit halte und nunmehr eine Vereinbarung über den Termin erwarte.

# Italien und Frankreich

Ein Mussolini-Interview

Paris, 10. November.

Ein Mitarbeiter des „Paris Midi“ ist in Rom von Mussolini empfangen worden. Der Journalist richtete an Mussolini unter Hinweis auf die in Frankreich gedehnten Wünsche nach einer französisch-italienischen Verständigung die Frage, was er wünsche; Mussolini antwortete: „Dreierteil — Erstens, daß man Italien besser kenne; denn man kennt in Frankreich das heutige Italien nicht. Zweitens, daß man an die Existenz und Dauerhaftigkeit des faschistischen Regimes glaube. Es handelt sich nicht um eine Ubergangsregierung, deren Ende man abwarten muß. Drittens, daß man Italien gegenüber auf maßgebende politische Verzichtet. Aufrichtig sein ist nötig, wenn man Verhandlungen zum Ziele führen will, ferner eine Autorität, die die Ausführung gestattet.“

Auf die Frage, ob Italien sich nicht mit einer Macht verbünden habe, die nicht gerade aufrichtig gegen Frankreich handle, und deren Spiel angeblich in Rom unter Führung finde, habe

Mussolini mit einer vernennenden Kopfbewegung erwidert: „Auch wir reden und sagen bisweilen etwas, obwohl wir uns bemühen, möglichst wenig zu sagen, aber wir begehen keine Torheiten.“

Zum Problem Krieg und Friede erklärte Mussolini, der Krieg habe nichts Verführerisches für ihn; er sei eine Plage der Menschheit. Aber zu behaupten, daß es keinen Krieg mehr geben würde, sei töricht; denn schließlich glaubten die Völker an derartige Behauptungen und ließen sich einschläfern. (!) Italien arbeite und steige empor. Der Krieg würde die Wiederaufrichtung stören. — Eine Anspielung auf Briand

beantwortete Mussolini wie folgt: Es gebe zweierlei: Politik und Mystik. Briand habe auf außenpolitischem Gebiet Mystik getrieben. Schließlich kam man auf Italiens Wünsche in Afrika unter Erwähnung Abessinien und Tunis zu sprechen. Mussolini lehnte es jedoch ab, hierzu Stellung zu nehmen und betonte zum Schluß, daß das Volk der Führung durch eine Persönlichkeit oder einen leitenden Kopf bedürfe.

Wir haben bereits vor mehreren Tagen auf die politische Bedeutung des offensichtlichen Versuchs Frankreichs hingewiesen, sich Italien zu nähern. Die Initiative dazu hat von Herriot ausgegangen, der durch einige freundliche Worte über Italien das Eis gebrochen hat. Das französisch-italienische Gespräch kommt allmählich in Gang. Das Mussolini-Interview zeigt, daß auch die italienische Regierung nicht abgeneigt ist, diese Bahn zu betreten. Frankreichs Ziel ist dabei, Italien diplomatisch von Deutschland loszulösen, genau so, wie es ihm bereits bei der Sowjetunion zum Teil gelungen ist.

Wenn die Regierung der Barone verschwunden sein wird, werden ihre Nachfolger auch vor einem außenpolitischen Trümmerhaufen stehen.

## Koloniale Zugeständnisse?

London, 10. November.

„Berliner“ sagt in einer Meldung aus Paris an den „Daily Telegraph“: Wahrscheinlich wird die französische Regierung bereit sein, die koloniale Ausdehnung Italiens zu begünstigen. Aber in zwei Punkten wird die französische Politik in absehbarer Zeit schwer abgeändert werden. Es wird kein Zugeständnis auf Kosten der nordafrikanischen Besitzungen Frankreichs gemacht werden, und Frankreich wird dem auf die Kriegsflootten bezüglichen Teil des Hoover-Planes nur zustimmen, wenn die Ueberlegenheit der französischen Flotte gegenüber der italienischen Flotte nicht beeinträchtigt und nicht sehr erheblich verringert wird.

Wenn die kolonialen Zugeständnisse Frankreichs sich nicht auf Nordafrika beziehen sollen, das bisher Italien allein zu interessieren schien, handelt es sich dann für die französische Regierung offenbar darum, Italiens Wunsch nach Kolonialmandaten im Völkerbund zu unterstützen, also Italien nachträglich einen Anteil an der Kolonialbeute von 1919 zu verschaffen. Damit würde gleichzeitig ein deutsch-italienischer Gegenlag geschaffen, da auch die deutsche Regierung hofft, auf dem Wege über Kolonialmandaten wieder in den Besitz eines Teils der früheren deutschen Schutzgebiete zu gelangen. Alle schönen Redensarten Mussolinis über die ungerechten Friedensverträge würden ihn nicht daran hindern, von einem solchen Angebot Frankreichs den möglichst weitgehenden Gebrauch zu machen.

## Italien dankt Herriot

Eigener Bericht des „Vormärts“

Paris, 10. November.

Der italienische Botschafter Graf Bignatti hat Herriot den Dank der italienischen Regierung für die italienfreundlichen Worte auf dem radikalen Kongress in Toulouse und später vor der französischen Presse ausgesprochen.

# Papen will bleiben

Zentrum und Nazis sollen kuschen

Ueber die Absichten des Kabinetts der Barone unterrichtet die folgende amtliche Mitteilung über den neuen Auftrag, den Herr v. Papen erhalten hat:

Reichspräsident v. Hindenburg nahm den Vortrag des Reichskanzlers v. Papen über die Auffassung des Kabinetts zur innerpolitischen Lage entgegen. Der Reichspräsident betonte, daß er an dem der Bildung der Regierung v. Papen zugrunde liegenden Gedanken einer nationalen Konzentration auch weiterhin festhalte. Dementsprechend beauftragt er den Reichskanzler, in Besprechungen mit den Führern der einzelnen in Frage kommenden Parteien festzustellen, ob und inwieweit sie gewillt seien, die Regierung in der Durchführung des in Angriff genommenen politischen und wirtschaftlichen Programms zu unterstützen.

Das Kabinett der Barone will also bleiben. Die „Verhandlungen“ sollen darin bestehen, daß die in Frage kommenden Parteien, also Zentrum und Nationalsozialisten, verhört werden

sollen, ob sie vor dem Kabinett der Barone kapitulieren und als getreue Knechte der Barone die reaktionären Verfassungskämpfe und das reaktionäre Wirtschaftsprogramm schlucken wollen.

Diese amtliche Mitteilung ist eine neue diktatorische Geste, aus der die Nichtbeachtung des Wahlergebnisses spricht. Der Reichstag soll auf seine Befehlsinitiative verzichten, er soll zum willenlosen Werkzeug der Barone gemacht werden. Die Barone markieren aufs neue Stärke und Selbstvertrauen.

Sie spannen dafür die Autorität des Reichspräsidenten ein, sie verbinden diese Autorität mit einem Plan, der in vollem Widerspruch zum Willen des Volkes steht.

Das Wort „nationale Konzentration“ sagt im übrigen alles. Wer das Wort „national“ in dieser Weise mit Papens reaktionären Projekten verknüpft, der kann gleich erklären: das gesamte werktätige Volk ist nicht national!

Denn das gesamte werktätige Volk lehnt diese „nationalen“ Programme mit Erbitterung und Empörung einmütig ab!

aus der preussischen Schlüsselstellung der Sozialdemokratie. Das Zusammenwirken der SPD. mit bürgerlichen Parteien in der Nachkriegszeit, wie es bei bestimmten ökonomischen Kräfteverhältnissen zeitweise notwendig werden kann, wird immer wieder durch die Klassengegensätze gesprengt werden. Die Voraussetzungen, durch die Beteiligung an Regierungskoalitionen soziale Erregenschaften zu gewinnen oder zu verteidigen, sind mit der herrschenden kapitalistischen Wirtschaftskrise beseitigt worden. Heute ist die Kraft aller bürgerlichen Parteien auf die Restauration des erschütterten kapitalistischen Systems gerichtet. In diesem Stadium eines absteigenden Wirtschaftssystems wird es nicht unsere Aufgabe sein können, den Verfall des Kapitalismus aufzuhalten. Unsere geschichtliche Mission des Kampfes um eine neue Welt wird die Haltung der Partei entscheidend bestimmen. Die SPD. wird die zum Schutz notleidender Massen erforderliche tägliche Kleinarbeit nicht aufgeben, und sie wird den demokratischen Kampfboden nicht preisgeben, sondern ihn jäh verteidigen. Aber die neue Periode in der deutschen Politik zeigt zwingende ökonomische Tatsachen, die es der Sozialdemokratie verwehren, ihre Aktivität in der Tagespolitik zu erschöpfen.

Wir wollen das von der Reaktion äußerst bedrohte Reichsparlament verteidigen und wieder aktionsfähig machen; aber wir sollen von ihm nicht mehr erwarten, als es die politischen Kräfteverhältnisse zulassen. Die Arbeiterklasse wird sich die demokratischen Abwehrkämpfe gegen Unterdrückung und Not nicht aus der Hand winden lassen, ohne deshalb auf die Stärkung ihrer außerparlamentarischen Widerstandskraft gegen die Reaktion zu verzichten. Im Mittelpunkt aller taktischen Maßnahmen steht der sozialistische Gestaltungswille und der Wille zur politischen Macht.

Der Umbau der kapitalistischen Wirtschaft ist unter sozialdemokratischer Führung zum Inhalt einer großen Volksbewegung zu machen. Dazu aber ist nicht nur die Einheit der Arbeiter, sondern in gleichem Maße die ideologische Gewinnung des gesamten Neuproletariats unerlässliche Voraussetzung. Der Monopolkapitalismus hat Millionen Kleinbürgerlicher Existenzen zermalmt. Ein Scheinsozialismus der „kleinen Leute“, der Handwerker, Bauern, Beamten, Intellektuellen und irreführenden Angehörigen hat zeitweise dem Faschismus Auftrieb gegeben. Diesem Auftrieb proletarischer, bisher bürgerlicher Schichten und der allgemeinen Krise des kapitalistischen Denkens Ziel und Richtung zu geben, das alte und das neue Proletariat zur breiten antikapitalistischen Front zu vereinigen, ist unsere Aufgabe.

Die Einheitsfront der Arbeiter aber kann weder durch die Einheitsmanöver der SPD., noch durch mechanische Organisationsverbindungen erreicht werden. Das Willenszentrum für die Einheit des deutschen Proletariats liegt nur in der sozialdemokratischen Arbeiterpolitik. Die von der Reaktion gemollte Hysterie aller Werttätigen muß gesehen und politisch vertieft werden. Die Erkenntnis, daß sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter nur noch auf sich selbst und ihre eigene Kraft gestellt sind, und unter Lösung aller Bindungen an die Regierungsgewalt im Reich eine konsequente Opposition gegen die herrschende Staatsmacht treiben müssen, wird den Willen zur Macht, zur Einheit und zum Sieg der Massen wecken.

So müssen Selbsthilfe und Selbstbefinnung den Ausgangspunkt künftiger Aktivität der Deutschen Sozialdemokratie bilden. Sie wird sich als die stürmerprobte Organisation der deutschen Arbeiterklasse bewähren, um den entscheidenden Schlag der Reaktion gegen Republik und Volk abzuwehren und die Macht der organisierten Arbeit in Staat und Wirtschaft zu erobern.

Fünf Jahre Zuchthaus hat das Bosener Standgericht (Offiziere und ein Richter) dem deutschen Landwirtsjohn Stilo aus Bomi auferlegt, weil er Espionage getrieben haben soll. Er war bei geringer Grenzüberschreitung verhaftet worden. Verhandelt wurde geheim und durch Dolmetscher. Stilo versteht nicht polnisch.

Die kommunistische Bauern- und Arbeiterbank in Paris ist im Konkurs. Vor kurzem waren der Direktor und die Aufsichtsratsmitglieder dieser Bank wegen fiktiver Erhöhung des Stammkapitals verhaftet worden.

Das Abtreibungsverbot in Dänemark soll abgeschafft oder gemildert werden. Der Justizminister der sozialistisch-radikalen Regierung hat eine Kommission von Frauen, Ärzten, Juristen und Politikern berufen, die entsprechende Vorschläge ausarbeiten soll.

# Mussolinis „Amnestie“

## Bluff und Irreführung

Von unserem Korrespondenten

Locarno, 10. November.

Die Amnestie zum zehnten Jahrestag soll nach den offiziellen Meldungen der Presse die umfassendste sein, die bisher in Italien gewährt worden ist. Sie ist das in der Tat, denn nie vorher hat das Land seine Gefängnisse und Zuchthäuser so bis zum Plagen voll gehabt wie das faschistische Italien. Tausende Leute, die hinter Schloß und Riegel saßen, werden die Menschheit wieder durch ihre Gegenwart beglücken. Die faschistische Presse spricht stolz von gegen

zwanzigtausend gemeinen Verbrechern,

die freigelassen werden. Sie gibt auch bescheidene Zahlen von politischen Verbrechern, aber wir wollen vor allem feststellen, daß die heutige Amnestie sich überhaupt nur auf ganz wenige politische Verbrecher erstreckt. Aus Reklamegründen kann der Faschismus die Sache anders darstellen, aber das ist die Tatsache.

Amnestie wird gewährt für alle Verbrechen, für die das Gesetz eine Höchststrafe von nicht mehr als fünf Jahren vorsieht. Welche Verbrechen sind das unter den 61 in den 72 Paragraphen über die Verbrechen gegen den Staat vorgesehenen? Zehn dieser Paragraphen sehen die Todesstrafe vor, zwanzig Höchststrafen über fünf Jahre. Unter fünf Jahren bleiben erstens die Schieberverbrechen in Kriegszelten, zweitens die Beihilfe, weiter Propagandabestrafte, Mussolini-Beleidigung, Beschimpfung der Landesfahne. Schon die Beschimpfung des Großen Rates überschreitet die Fünfjahresgrenze. Da nun aber alle antifaschistischen Verbrechen vor das Ausnahmegericht kommen und dieses sich nie an die Höchstgrenze gehalten hat, so sind auch die von der Amnestie ausgenommen, die bei Anwendung des Strafgesetzes auf sie Anspruch hätten. Die offiziellen Zahlen sind falsch. Wegen Verbrechen des Antifaschismus wurden nicht 1056, sondern 1648 Personen allein vom Ausnahmegericht verurteilt, davon 257 zu Strafen von mehr als zehn Jahren, zu insgesamt 6076 Jahren 10 Monaten und 25 Tagen Zuchthaus. Zu weniger als zehn Jahren wurden 1391 Personen verurteilt, zu einer Gesamtstrafe von 4090 Jahren, 9 Monaten, 8 Tagen. Die 423, auf die nach dem Communiqué der Stefan-Agentur die Amnestie Anwendung findet, dürften nur zum geringsten Teil unter den Opfern des Ausnahmegerichts ausgewählt werden.

Auf die politischen Verbrechen findet der „Gnadenerlaß“ keine Anwendung.

Das sieht klar und deutlich von Artikel 4 des Dekrets: „Von den Bergschätzungen der vorhergehenden Bestimmungen sind alle ausgeschlossen, die sich am 4. November 1932 in polizeilicher Verhaftung befinden oder unter Polizeiaufsicht stehen.“ Wenn also das offizielle Telegraphenbüro meldet, von 1086 politischen Verbrechen würden 595 demnach freigelassen werden, so handelt es sich eben um solche, die ihre Zeit abgelebt haben. In Wirklichkeit beläuft sich die Zahl der aus politischen Gründen Verhafteten auf ungefähr 2000. Eine „Begnädigung“ bei administrativer Verhaftung wäre übrigens ein juristischer Unsinn. Die Verhaftung ist ja keine Strafe, sondern eine soziale Sicherheitsmaßnahme: sie umschließt in der liebevollen Umarmung ein und desselben Paragraphen die Zuhälter, Raubhändler, Kuppler und „Umstürzler“.

Neben der Amnestie, die ja alle juristischen Folgen der Verurteilung ausblendet, gibt es einen Strafnachlaß. Alle Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren werden aufgehoben, von allen Strafen bis zu zehn Jahren werden drei, von den Strafen über zehn Jahre fünf Jahre nachgelassen, immer jedoch müssen den Verurteilten bis zu zehn Jahren

und über zehn Jahre noch sieben weitere zu verbüßen bleiben.

Schließlich werden zahllose, darunter auch die allergeheimsten Betrügereien gegen den Staat, falsche Steuerangaben, Nahrungsmittelerschleichung, Schmuggel, Abgabenhinterziehung usw. amnestiert. Das Dekret setzt massenhaft Santrouiteure, Betrüger, Wechselwindler usw. in Freiheit.

Beim Bekanntgeben dieser Amnestie hat man eine neue Methode der Irreführung der öffentlichen Meinung des Auslandes angewendet. Erst hat man die Tatsache der Amnestie verkündet, ihre Anwendung auf die Antifaschisten, die Freilassung der Verhafteten — alles in offiziellem Communiqué. Man verläßt sich nun darauf, daß das Ausland nach diesem Beweis faschistischer Menschlichkeit sich nicht weiter um die Angelegenheit kümmern werde und es nicht so genau nachrechnen, wieviel Gramm das Räuseln faschistischer Milde wiegt, das der Berg faschistischer Grausamkeit unter dem Läuten aller Reklameglocken zur Welt gebracht hat. Wir erlauben uns, das Räuseln genau zu befehen; es ist sehr winzig, denn nur so schlüpft es durch die Paragraphen, die den faschistischen Staat vergilt. In dem Bericht an den König heißt es, daß der vorgeschlagene „Akt der Milde“ an „Grandiosität den Ereignissen gleichkommt, an die er anknüpft“. Das ist wahrhaftig war.

### Bluff und Irreführung

beim einen wie beim anderen. Man entlastet die überfüllten Zuchthäuser, läßt eine kleine Zahl von Antifaschisten frei und posant eine noch nie dagewesene Amnestie ins Ausland. Im Inland kann man das nicht, weil man sich dort noch erinnert, daß die politischen Amnestien nach den Unruhen von Sizilien und der Lunigiana (1894) und dem Mailänder Maiaufstand (1898) viel umfassender waren.

Die Regierung gibt weiter bekannt, daß sie in den nächsten zehn Jahren keine Amnestie mehr gewähren wird. Es könnte sein, daß in zehn Jahren die heutigen Herrscher mehr Interesse an einer Amnestie hätten als die, denen die heutige Amnestie die Zuchthausporten nicht öffnet. . .

## Hoffnung der Schuldner

### Englische Note an USA.

Washington, 10. November. (Reuter.)

Der britische Botschafter übergab heute Staatssekretär Stimson eine Note der englischen Regierung, die sich auf die britischen Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten bezieht.

Die Abzahlung der britischen Kriegsschulden an USA ist längst geregelt; sie erfolgt in 63 Jahresraten. Die Note kann offenbar nur eine Milde rung, wenn nicht gar die Streichung der gewaltigen Restschuld bezwecken.

## Zölle statt Kontingente?

### Der drohende offene Kabinettskonflikt hindert die Entscheidung

Nach der vorgestrigen Kabinettsitzung hat man vergeblich auf eine Mitteilung gewartet, was denn nun in der Frage der Kontingente geschehen wird. Am 3. November hat das Reichskabinett den berühmten Beschluß gefaßt, daß das reichshaltige Material der Tomatenkommission erst geprüft und gefächert werden müßte, bevor in der grundsätzlichen zu behandelnden Frage der Kontingente praktische Entscheidungen getroffen werden könnten.

Die Kundigen wußten schon damals, daß die Kontingente einfach nicht zu machen sind, weil die Reichsregierung sich die wirtschaftliche Vernunft zur Richtschnur ihres Handelns gewählt hätte, sondern weil einfach die Mehrheit der Minister nicht mitmacht, eine sofortige Regierungskrise die Folge wäre, und weil man vor den Wahlen die deutschen Unternehmer nicht vor den Kopf stoßen konnte. Dann kam nach den Wahlen die Meldung, die Reichsregierung wolle Zölle statt der Kontingente einführen, natürlich mit dem Ziel, die Zölle so hoch zu setzen, daß sie prohibitiv wirken.

Es dürfte nun so sein, daß das Reichskabinett vorgestern auch über die Zölle nichts beschlossen hat, und man darf wohl der „Deutschen Tageszeitung“ glauben, die schwerfällig genug berichtet, daß die Kontingentsfrage von neuem vertagt worden sei. An sich sollte freilich auch die „Deutsche Tageszeitung“ eine Vertagung begreifen; denn nach der Erklärung der Reichsregierung selbst war ja das Material der Tomatenkommission außerordentlich reichhaltig, und zur Prüfung eines so reichhaltigen Materials ist eben Zeit nötig.

Auf der anderen Seite darf man sich nicht darüber täuschen, daß Zölle sich in der praktischen Wirkung, wenn sie das Ziel der Kontingentierung erreichen sollten, in nichts von Kon-



Notstand — Freispruch!



Transportgefährdung — Zuchthaus!

## Nobelpreis für Galsworthy

### Beschluß der schwedischen Akademie

Die schwedische Akademie hat beschlossen, den Nobelpreis für Literatur 1932 dem englischen Schriftsteller John Galsworthy zu verleihen.

Galsworthy, wohl der repräsentativste Roman schriststeller des heutigen England, steht im 65. Lebensjahr. Er entstammt einer alten wohlhabenden Familie, studierte in Oxford Jura und machte nach seiner Zulassung zum Rechtsanwalt Reisen durch die englischen Kolonien, durch Europa, Rußland und Amerika. Nachdem schon vorher unter Pseudonym einige wenig beachtete Abenteuerromane von ihm erschienen waren, begann seine eigentliche literarische Laufbahn 1900 mit dem Roman „Villa Rubel“, die bereits in jene bürgerliche Welt einführte, der er selbst angehört. Sein Dichterruhm gründet sich auf die vielbändige „Forsyte Saga“, deren erster Band 1906 erschien. In dieser noch nicht abgeschlossenen Romanreihe zeichnet er die Entwicklungslinie des wohlhabenden englischen Bürgertums auf.

Galsworthy ist, wie Gerhart Hauptmann und Thomas Mann in Deutschland, der Repräsentant jener abgeschlossenen Epoche der gesicherten bürgerlichen Existenz, für die die soziale Frage noch kein Problem ist, in die die Fragwürdigkeit dieses Daseins aber bereits gemittelt hineinleuchtet. Anzeichen des Verfalls und der Dekadenz, Zweifel an den Ansprüchen bürgerlicher Konvention und bürgerlicher Tradition machen sich bemerkbar. Aber noch steigen Konvention und Tradition, und die Befreiung des Menschentums aus den Fesseln einer erstarrten Gesellschaftsform (an die Gesellschaftsordnung selbst wird nicht gedacht) klingt nur als ein Hauch melancholischer Sehnsucht durch das Gesamtwerk Galsworthys.

Dieses Kesthetisierende, die Formgesetze des Schönen ängstlich Wahren, auf innere Bornehmtheit und Wohlstandständigkeit stets behutsam Bedachte ist das typisch Englische an Galsworthys Erscheinung. Es setzt ihn in einen gewissen Gegensatz zu der jüngeren englischen Dichtergeneration, die den Durchbruch zu einer Realisterei jenseits der

Gefetze der Schönheit unternimmt und damit die Grenzen der bisherigen englischen Kunst sprengt. Als Psychologe, als Gesellschaftskritiker im tiefsten Sinn, als Stilist, als Dichter bleibt Galsworthy trotzdem einer der Besten unserer Zeit. Die Verleihung des Nobelpreises, die seit Jahren vorgezogen war, bleibt eine Selbstverständlichkeit.

## Krawallstudenten

### Antisemitenlärm in Breslau

Breslau, 10. November.

An der Breslauer Universität kam es heute vormittag zu einem Zwischenfall. Eine Vorlesung von Professor Cohn, der erst gestern seine Lehrtätigkeit ausgenommen hat, wurde von antisemitischen Studenten verhindert. Der Rektor der Universität sah sich schließlich gezwungen, Polizei herbeizurufen, die die Ruhe wiederherstellte.

Die Störungsvorläufe haben sich bei der zweiten Vorlesung Professor Dr. Cohns um 11 Uhr in verstärktem Maße wiederholt. Die Polizei, die nach dem ersten Zwischenfall zurückgezogen worden war, mußte wieder gerufen werden, um die Ruhe wiederherzustellen. Der Räumungsaktion wurde keinerlei Widerstand entgegengesetzt. Professor Dr. Cohn konnte seine Vorlesung durchführen.

## Die Schuldigen schreien

### Verlogene KPD.-Hetze

Die kommunistische Partei hat in trauriger Gemeinschaft mit den Nazis den Streik bei der Verkehrsgesellschaft organisiert zu dem ausgesprochenen Zweck, die Gewerkschaften auszuschalten. Sie haben erreicht, daß auf dem Schlichtungswege ein Zwangstarif festgelegt wurde. Den die Gewerkschaften ablehnen, aber, dem Gesetz entsprechend, befolgen müssen, wenn sie nicht finanziell hoffbar gemacht werden wollen. Es ist weiter erreicht, daß Tausende von Arbeitern und Angestellten gemahregelt wurden. Durch die kommunistisch-nationalsozialistische Hetze verleitet, haben Arbeiter sich berechtigt geglaubt, nach dem Schiedspruch Gewalttaten gegen fahrende Straßenbahnwagen begehen zu dürfen. Sie werden jetzt im summarischen Sondergerichtsverfahren zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt, müssen also leiden für das verantwortungslose Treiben derer, die sie zu solchen Handlungen angetrieben haben.

Der „Vorwärts“ und mit ihm die ganze Sozialdemokratie hat gegen diese Anwendung des Sondergerichtsverfahrens und der gegen nationalsozialistische Bombenwerfer gerichteten Terrorverordnung scharfsten Einspruch erhoben.

Das hindert aber das kommunistische Abendblatt des Herrn Münzberg nicht, in großer Aufmachung zu behaupten: „Die SPD. und Gewerkschaftsführer stehen als Schatten hinter dem Staatsanwalt.“ Sie wären sogar die eigentlichen Staatsanwälte gegen die Arbeiterpartei! Man könnte den Prozeß auch nach der Lindenstraße oder dem Engelauer verlegen!

Wir hängen diese Schamlosigkeit des Kommunistenblattes hier niedriger. Dieselben Personen, die die unorganisierten Arbeiter der BBO. zu Wahlzwecken in Streik und Not getrieben, beschimpfen und verleumden heute wie immer die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, die nicht so leichtsinnig mit dem Schicksal der Arbeiter umzugehen pflegen. Die gleichen Leute fordern aber heute zur Hergabe von Betteluppen für die Gemahregelten auf, um ihre angebliche Hilfsbereitschaft zu beweisen.

Diese Schimpferei und diese Bettelei auf der gleichen Seite Druckpapier kennzeichnen vollends die moralische Verwilderung einer politischen Gruppe, die sich als „Arbeiterpartei“ ausgibt!

Bei Er'sä tunoerkrankheiten, bei Schmerzen rheumatischer, gichtischer und nervöser Art haben sich Topal-Tabletten hervorragend bewährt. Topal beiligt die Krankheitsstoffe auf natürlichem Wege, es ist außerdem bakterienfrei! Ein Versuch überzeugt! In allen Apotheken R. 1.25. 12,6 Lich., 0,40 Chin., 74,9 Acid. acont. salis.

## Die Heze gegen Brolat

### Verfahren wegen Begünstigung eingestellt

Wie wir erfahren, hat die untersuchende Staatsanwaltschaft I in Berlin das Verfahren, das gegen den Genossen Brolat wegen Begünstigung der Sklarefs geführt wurde, eingestellt. Die Einstellung, die bereits in der vergangenen Woche erfolgte, aber kennzeichnenderweise erst jetzt der Öffentlichkeit bekanntgegeben wird, ist „aus rechtlichen Erwägungen“ beschlossen worden.

Selbst der nationalsozialistische Staatsanwalt Freiherr von Steinäcker, der aus seinem Naziglaubensbekenntnis kein Hehl gemacht hat, konnte nichts gegen Brolat finden und mußte das Verfahren einstellen!

Nach diesem Zusammenbruch der Heze gegen Brolat teilt die Telegraphenunion mit, daß die Staatsanwaltschaft noch ein Ermittlungsverfahren gegen Brolat wegen Meineid in drei Fällen betreibt. Davon hat bisher weder Brolat noch sein Rechtsbeistand auch nur ein Sterbenswörtchen erfahren! Es wird ausgehen — falls es wirklich betrieben wird — wie das Verfahren wegen Begünstigung! Die Heze bricht zusammen, so sehr sich auch die reaktionären Kreise bemühen, sie hinzuschleppen!



# Offensive im Stadtparlament

## Die Sozialdemokraten greifen an — Für die Rechte der Verkehrsarbeiter

Das Berliner Stadtparlament beriet gestern den Etat. Es war bekannt geworden, daß Nationalsozialisten und Kommunisten mit Hilfe der Tribüne die Sitzung sprengen wollten. Der Zusammenbruch des Verkehrsstreiks sollte den äußeren Anlaß geben.

Der wohlvorbereiteten Regie machte der sozialdemokratische Redner einen dicken Strich durch die Rechnung. Für die Etatsrede hatte die sozialdemokratische Fraktion den Genossen Max Kreuziger bestellt. Seine Ausführungen über den Verkehrsstreik, sein leidenschaftliches Eintreten für die Rechte der Verkehrsarbeiter, waren so klar und überzeugend, daß die zum Lärmen auf die Tribüne bestellten Braunhemden und Kommunisten das Kratzen nach einigen zaghaften Versuchen einstellen.

So hörten auch sie den Nachweis, daß die Berliner Verkehrsarbeiter das Opfer gewissenloser politischer Drahtzieher geworden sind. Unter dem Beifall der Sozialdemokraten rief der Redner aus, daß auch dieser Streik nicht verloren zu sein braucht, wenn die Arbeiter aus ihrer Niederlage die Schlussfolgerung ziehen, daß die erste Voraussetzung für erfolgreiche Führung von Lohnkämpfen gewerkschaftliche Organisation ist.

In einigen, mit glänzendem Zahlenmaterial untermauerten Sätzen hatte der Redner vorher die gewaltige sozialdemokratische Leistung in Berlin in den Jahren von 1921 bis 1931 umrissen. Wohnungen für 700 000 Menschen, das gigantische Wert des Ausbaues und der Vereinheitlichung des Verkehrs, Grünflächen, Volksparks, Sportplätze, Hallenbäder und riesige Freibäder zeugen heute von der geleisteten Aufbauarbeit. Als die Wirtschaftskrise auch die Gemeinden in ihren Strudel zog, konzentrierte die Sozialdemokratie ihre ganze Kraft in den Gemeinden auf die Erhaltung der Fürsorge für die Wohlfahrtserwerbslosen, während Herr von Papen die Löhne kürzte, die Unterstützungen abbauete und ein Wirtschaftsprogramm verkündete, das ein weiteres Sinken der Kaufkraft nach sich ziehen muß.

Zum Schluß richtete der Redner im Auftrage seiner Fraktion Forderungen an den Oberbürgermeister, die vor allem der Erhaltung der Selbstverwaltung, dem Schutz der Kommunalbetriebe, der Wohlfahrtspflege und einer modernen Schulpolitik dienen sollten. Am Etat arbeite auch diesmal die Sozialdemokratie aus Verantwortung vor dem Volke tatkräftig mit.

Die Sozialdemokratie ist gestern im Stadtparlament zur Offensive übergegangen und hat einen starken Erfolg errungen!

### Die Rede Kreuzigers

Für die sozialdemokratische Fraktion sprach Stadtverordneter Max Kreuziger. Der Redner kennzeichnete zunächst die von den Kommunisten sowohl wie von den Nationalsozialisten vorgeschlagenen Wege zu einer defizitären Hauswirtschaft in Berlin als Demagogie und verantwortungsloses Geschwätz. Der Redner stellte in sehr vornehmer und entschiedener Weise die Behauptung, in Berlin herrsche eine kommunale

Sinksdiktatur durch den sozialdemokratischen Magistrat, als immer wiederkehrende Lüge fest. Von 18 Magistratsmitgliedern sind in Wahrheit nur 8 Sozialdemokraten.

Gegenüber einer Jahresdurchschnittszahl von 185 000 Wohlfahrtserwerbslosen\* im Jahre 1931 ist im Haushalt für 1932 mit einer Zahl von 300 000 und einer Belastung von 193 Millionen Mark gegen rund 21 Millionen Mark im Jahre 1928 gerechnet worden. Aber auch diese Zahlen scheinen hinter der Tatsache zurückzubleiben, Berlin wird im Jahresdurchschnitt mit 340 000 Wohlfahrtserwerbslosen rechnen müssen. Die Gesamtwohlfahrtslasten der deutschen Gemeinden betragen 2500 Millionen Mark gegen 200 Millionen Mark im Jahre 1913. Der Gesamtfehlbetrag in den Etats aller deutschen Gemeinden ist mit mehr als einer Milliarde Mark anzusehen. Aus diesen einfachen Zahlen ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit die ungeheure Notlage der deutschen Gemeinden. Die Notverordnungen der Regierung Papen mit den

### unerhörten Kürzungen der Unterstützungslöhne

haben die von den Sozialdemokraten vorausgesagte Wirkung gehabt, daß die Zahl der von den Gemeinden zu unterstützenden Notleidenden so stark gestiegen ist, daß eben jede Finanzgebarung über den Haufen geworfen wird. Man soll nicht damit kommen, daß in Italien und in Rußland die Haushalte in Ordnung sind; dort hat das Volk die Fische bezahlen müssen, indem es in seiner Lebenshaltung weit über den gewöhnlich sehr niedrigen Stand von vor dem Kriege herabgedrückt wurde. Wenn die Nationalsozialisten sowohl wie die Kom-

munisten das für Berlin und für Deutschland auch wollen, dann soll man nach ihrem Rezept verfahren. Überall wo in deutschen Städten, so in Koburg und in Gera, Nationalsozialisten allein in der Stadtverwaltung sitzen, befinden sich diese Städte in einer noch schlimmeren Notlage als Berlin. Nirgends hat ein nationalsozialistisches Rezept angewandt werden können, die Magistrate dieser Städte haben sich genau so wie Berlin um Hilfe an die Regierungen wenden müssen — allerdings mit dem gleichen negativen Erfolg wie Berlin.

Die Erleichterungen, die Papen jetzt in Aussicht gestellt hat, bedeuten für Berlin weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein. Wie die Stadt die notleidenden Erwerbslosen über den Winter bringen wird, ist noch nicht voraussehbar. In erster Linie kommt es darauf an, daß durch eine vermehrte Produktion eine Kaufkraftsteigerung bewirkt, durch die wieder steigender Warenabsatz möglich ist. Das ist der Standpunkt der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften schon immer gewesen und sie haben dabei insbesondere stets hervorgehoben, daß nur eine planmäßige Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand in der Lage ist, die Erwerbslosen wieder in Lohn und Brot zu bringen.

Wenn man das Bestreben der Sozialdemokratie, die Massen wieder in den Produktionsprozess zu bringen, als marxistische Mißwirtschaft bezeichnet, so wollen wir gern zugeben, daß das unser Klassenkampf ist.

Überall werden wir unsere Kraft dafür einlegen.

# Durchschaute Nazilügen

## Statt 10 Jahre Zuchthaus: Freispruch — Mangelhafte Arbeit der Polizei!

In der Nacht des Verfassungstages kam es vor dem Reichsbannerlokal in der Riechholzstraße in Treptow zu einem Zusammenstoß zwischen Nazis und Reichsbannerleuten. Der Angriff der Nazis wurde abgebrochen und sie kehrten, fünf an der Zahl, mit einer Polizeistreife zurück. Das Reichsbannerheim war jedoch bereits geschlossen. Beim Herumgehen stießen sie auf den Schlosser Schmal und einer der Nazis erklärte nun, er erkenne in Schmal einen der Leute wieder, die auf ihn und seine Kameraden eingeschlagen haben.

Schmal und die fünf Nationalsozialisten wurden erst aufs Polizeirevier, dann aufs Polizeipräsidium gebracht. Hier erstattete der von den Reichsbannerleuten zu Boden geschlagene Nationalsozialist Strafanzeige gegen Unbekannt. In der Gerichtsverhandlung gegen Schmal erklärten sämtliche fünf Nationalsozialisten — also auch der, der die Strafanzeige gegen Unbekannt erstattet hatte, und die Kameraden, die gleich ihm im Polizeipräsidium Schmal nicht wiedererkannt hatten —, daß dieser es gewesen sei, der den Kameraden zu Boden geschlagen habe. Die auf Veranlassung des Rechtsanwalts Dr. Bergmann geladenen Zeugen bestätigten dagegen, daß Schmal nicht bei der Schlägerei gewesen sein konnte, da er als letzter das Reichsbannerlokal verlassen habe und dieses erst nach Beendigung der Schlägerei geschlossen worden sei. Die Nazizeugen hatten also wider

besseres Wissen den SPD-Mann Schmal des schweren Landesfriedensbruchs bezichtigt, obgleich sie wußten, daß ihm als Mindeststrafe zehn Jahre Zuchthaus drohen. Es gelang ihnen aber nicht, das Gericht hinteres Licht zu führen. Der Staatsanwalt beantragte Freispruch wegen erwiesener Unschuld; er schenkte eben den Zeugen der Verteidigung Glauben. Das Gericht folgte dem Antrage des Staatsanwalts und sprach Schmal wegen erwiesener Unschuld frei. In der Urteilsbegründung jagte Landgerichtsdirektor Sinapius, daß die Nazizeugen nicht glaubwürdig seien und daß besonders auffällig erscheine, wie so der Zeuge, der jetzt in Schmal denjenigen wiedererkenne, der ihn zu Boden geschlagen haben soll, bei der Polizei eine Strafanzeige gegen Unbekannt erstattet habe.

Die organisierte Nazilüge ist diesmal glücklicherweise durchschaut worden. Möglich sind aber diese Nazilügen nur, weil bis jetzt nicht der Versuch gemacht worden ist, offenkundig meineidige Nazizeugen vors Gericht zu bringen und sie dahin zu schaffen, wohin sie gehören — ins Zuchthaus. Nicht unerwähnt darf die Tatsache bleiben, daß die polizeilichen Ermittlungen auch in diesem Falle, wie leider in der letzten Zeit so oft, einseitig zuungunsten der Nazigegner geführt worden waren. Es bedurfte erst der Bemühungen der Verteidigung, um dem Recht zum Siege zu verhelfen. Statt zehn Jahre Zuchthaus — Freispruch.

daß den werttätigen Massen geholfen wird. (Lärm und Geheul bei den Komm.)

Genosse Kreuziger wandte sich dann dem Verkehrsstreik zu. Er wolle es unerörtert lassen, ob es sich für die miteinander verbrüderten Kommunisten und Nationalsozialisten nicht in erster Linie um einen politischen Streik zur Befreiung der Bahlagitation und erst zuletzt um die Abwehr der Lohnsenkungen handelte. Der Aufsichtsrat der BVG wird zu untersuchen haben, ob eine einflussvollere Direktion den Konflikt nicht hätte vermeiden können. (Stürmisches Geheul bei den Soz.) Jedenfalls sind die Gewerkschaften in den

### Achtung!

### Erweiterter Bezirksvorstand!

Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes am Freitag, dem 11. November, pünktlich 19 Uhr, im Sitzungssaal der Wohlfahrtschule, Lindenstr. 3, II. Hof 3 Treppen. (Diesmal nicht im Sitzungssaal des Bezirksverbandes Berlin.)

Wir bitten um bestimmtes und pünktliches Erscheinen. Der Bezirksvorstand.

letzten Monaten bei der Direktion der BVG, die so jetzt bekanntlich völlig sozialistenrein ist, einem derartigen Verhandlungsgeschehen begegnet, daß schon öfter der Ausbruch eines Konfliktes befürchtet werden mußte. Mit welchen Mitteln von der sogenannten zentralen Streikleitung gegen die Sozialdemokratie gearbeitet wurde, beweist ein Telegramm folgenden Inhaltes:

Sozialdemokrat Elias als Achtgroßhuhn!

Gestern nachmittag berief der Sozialdemokrat Elias, Bürgermeister und Aufsichtsrat der BVG, die Führung der RSD, zur Verhandlung zwecks Beilegung des Verkehrsstreiks. Die drei entsandten RSD-Kollegen wurden im Zimmer des SPD-Elias sofort ohne Verhandlung verhaftet. Dazu ist zu bemerken, daß Bürgermeister Elias niemals der Sozialdemokratie angehört! Im Kampf gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften ist aber den Kommunisten sowohl wie auch den Nazis jedes Mittel, sei es auch das verlogenste und gemeinste recht. Kreuziger ging dann auf die Entstehungsgeschichte und den weiteren Verlauf des Tarifkonfliktes bei der BVG ein und betonte dabei, daß es den Gewerkschaften gelungen ist, die verlangte Lohnherabsetzung von über 25 Pf. bis auf 2 Pf. herabzudrücken. Unter vernünftiger Ausnutzung des Abstimmungsergebnisses wäre es durchaus möglich gewesen, in erneuten Verhandlungen weitere Erfolge für die Beilegung zu erzielen. Aber das wollte die kommunistisch-nationalsozialistische Einheitsfront nicht. Sie wollte den politischen Massenstreik, den sie nun nach der Wahl lang- und langlos abgebrochen hat. Die Opfer, die auf der Strecke blieben, müssen jetzt von den Gewerkschaften wieder betreut werden. An den Aufsichtsrat der BVG richtete Genosse Kreuziger im Auftrage der gesamten Fraktion die Aufforderung zu prüfen, ob wirklich, wie glaubhaft versichert wird, die Nationalsozialistische Partei Listen ihrer Mitglieder der BVG-Direktion als Arbeitswillige eingereicht hat. (Stürmisches Geheul, hört bei den Soz.) So sieht der Berliner Verkehrsstreik in Wahrheit aus.

### Verteidigung der Kommunalbetriebe

Der Redner wandte sich dann ganz energisch gegen den Generalangriff der Rechten gegen die kommunalen Wirtschaftsbetriebe. Der Forderung der Deutschnationalen, die Städtischen Werke durch eine Umgestaltung der Aufsichtsräte zu entkommunalisieren, würden die Sozialdemo-

# Das hört man täglich.

denn jeder, der weiß, was er will, legt nur Wert auf das Wesentliche: die Qualität.

Aus dieser Erkenntnis lehnt der anspruchsvolle

## Juno-Raucher

Wertmarken, Gutscheine und Stickereien ab. Er betrachtet Zugaben dieser Art als Blender;

für ihn ist allein entscheidend das Aroma, die Frische und das volle Format seiner Josetti-Cigarette, und darin ist

Juno wirklich einzig!



# Begeisterter Empfang

Gronau in Friedrichshafen

Der Weltflieger Wolfgang v. Gronau ist mit seinem Dornier-Wal D 2053 gestern nachmittags von seinem Weltflug, der ihn über 44 000 Kilometer rund um den Erdball geführt hat, in Deutschland eingetroffen, und zwar in Friedrichshafen, wo ihm in den Dornier-Werken in Manzell ein feierlicher Empfang bereitet wurde.

Friedrichshafen und die umliegenden Bodenseeregionen trugen zu Ehren des Weltfliegers reichen Flaggenmusik, und in der zweiten Nachmittagsstunde setzte eine Bolkswandernug nach den Dornier-Werken in Manzell ein, wo die mit Girlanden und Fahnen geschmückte große Seehalle und die anschließenden Bodenseeufer bald von einer Kopf an Kopf stehenden Menschenmenge gefüllt waren. Kurz nach 1/3 Uhr hörte man von Friedrichshafen her den Motoren Donner des Grünlandwals, der über dem Luftschiffbau eine Ehrenrunde zog und sich dann in schneller Fahrt unter dem Geheul der Sirenen und dem Krachen der Böller den Dornier-Werken näherte, wo den aus dem Flugboot winkenden Fliegern die tausendköpfige Menschenmenge begeistert jubelte. Nach einer kurzen Schleiße ging der Wal auf den Bodensee nieder und rollte bis unmittelbar an die Rampe der Montagehalle heran, von wo er bis

unmittelbar vor das Rednerpodium gebracht wurde.

Die Begrüßungsansprache hielt der württembergische Wirtschaftsminister Dr. Raier, der namens der Reichsregierung und der württembergischen Staatsregierung sprach. v. Gronau und seine Begleiter, so sagte er, hätten mit dieser Tat, mit der sie den deutschen Namen in die Welt getragen und zu Ehren gebracht hätten, wahrhaft national gehandelt. Deutschland wolle im Weltverkehr, in der Weltwirtschaft und im Weltmarkt bleiben. Mit Stutenböckern bringe man Deutschland nicht zur Weltgeltung, aber auch nicht mit englischer Abschließungspolitik.

Schließlich ergriff Wolfgang v. Gronau selbst das Wort und dankte auch den Regierungen und Behörden der mehr als 20 Länder, die auf diesem Weltflug berührt worden seien und in denen man dem Wal und seiner Besatzung überall wahre Freundschaft und Hilfsbereitschaft entgegengebracht habe. Sie hätten draußen gesehen, wie groß die Welt sei, aber sie hätten auch gelernt, wie schön die deutsche Heimat wäre und welches Ansehen sich Deutschland wieder in der Welt erzwinge. Deshalb mühten sie sich fragen, ob die Deutschen denn nichts Besseres zu tun hätten, als ständig in Zwist und Haß miteinander zu liegen.

Kreuzung mit einem Bieerauto sehr heftig zusammen. Das Rad wurde völlig zertrümmert und der Führer sowie seine beiden Begleiter wurden in hohem Bogen auf das Straßenpflaster geschleudert. Der 47jährige Frh Korth aus der Justusstraße 18 in Reinickendorf erlitt einen schweren Schädelbruch, an dessen Folgen er bereits auf dem Wege ins Bichow-Krankenhaus starb. Die Begleiter, der 36jährige Gustav Bredel aus der Seestraße 69 und der 31 Jahre alte Otto Wacztewicz aus der Pappelallee 59 wurden mit schweren Verletzungen gleichfalls ins Bichow-Krankenhaus eingeliefert.

## 300 Menschen umgekommen

New York, 10. November.

Nach einer Meldung der „Associated Press“ erhielt die Zeitung Information von ihrem Korrespondenten in Rio Jaconico auf Kuba, daß bei dem gestrigen Orkan auf dem Camaguey-Inseln 300 Menschen umgekommen seien.

**Beisetzungsfeier Franz Luchs.** Im Krematorium Gerichtsstraße versammelten sich am Mittwoch viele ältere Parteigenossen, Freunde und Berufskollegen, um unserem verstorbenen Genossen Franz Luchs die letzte Ehre zu erweisen. Die Trauerfeier wurde mit dem Lied „Ein Sohn des Volkes“ eingeleitet. Im Namen der Hinterbliebenen sprach ein Redner des Freidenkerverbandes und Genosse Schwahn im Auftrage des Berliner Bezirksverbandes und der 39. Abteilung sowie als persönlicher Freund Dankesworte und Abschiedsgrüße. Als Betriebsratsmitglied dankte Hans Wolff im Namen der Geschäftsleitung sowie der Belegschaft des Vorwärtshauses dem Verstorbenen für alles Gute, was er für die Partei geleistet hat.

Die Gerhart-Hauptmann-Feier der Bühnengenossenschaft am Montag, 14. November, beginnt nicht, wie in der Abendausgabe vom 9. November irrtümlich mitgeteilt wurde, um 17<sup>15</sup>, sondern erst um 19 Uhr.

**Jahrplan des zweiten Hamburg-Sonderzuges.** Wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt, wird der zweite Sonderzug nach Hamburg am 12. und 13. November in folgendem Fahrplan fahren: ab Berlin 14,04, ab Spandau Hbf. 14,25, an Hamburg Hbf. 18,26 Uhr; zurück ab Hamburg 20,35, an Spandau 0,19, an Berlin Behrer Hbf. 0,33 Uhr. Fahrpreis hin und zurück 3. Kl. 11,60 M., 2. Kl. 17 M.; Fahrkarten sind bei den Fahrkartenausgaben Behrer Hbf. und Spandau Hbf. sowie bei den bekannten Ausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebüros (MER) noch erhältlich.

## Wie wird das Wetter?

In Berlin: Neblig, bedeckt, zeitweise neblig, vorwiegend trocken. Schwache östliche Winde. — In Deutschland: In Süddeutschland trübe mit leichten Niederschlägen, im übrigen Reich vorwiegend trocken und meist bedeckter Himmel mit verbreiteter nächtlicher Nebelbildung, im Nordwesten vielfach Nachfröste. Tagestemperaturen nirgends wesentlich verändert.

## In wenig Worten

Der Kriminalpolizei ist es schnell gelungen, die Personalien der Lebensmüden festzustellen, die in den späten Abendstunden des Mittwoch vom Funkturm in die Tiefe sprang. Das Mädchen ist eine 22 Jahre alte Postheilerin Charlotte Lehmann, die bei ihrer Mutter in der Granatenstraße 2 in Reinickendorf wohnte. Das Motiv der Tat ist noch immer unbekannt, da Charlotte L. weiterhin demutlos im Hildegard-Krankenhaus daniederliegt.

Ein Orkan hat die halbe Bananenernte der Insel Jamaica vernichtet.

Auf der Jacht „Unser Frh“ in Wanne-Eickel brachen von einer unterwühlten Haube von oben größere Mengen Schlammföhle herab, die fünf Personen begrub. Drei Personen waren sofort tot.

## Motorradunglück im Norden

Im Norden Berlins an der Ecke Brunnen- und Kägener Straße ereignete sich gestern ein schweres Verkehrsunfall, das ein Todesopfer und zwei Schwerverletzte gefordert hat.

Ein mit drei Personen besetztes Motorrad mit Beiwagen prallte auf der Straßen-

trafen den stärksten Widerstand entgegen. Zum Wohlfahrtsstaat der Stadt bemerkte Kreuziger, daß es unter keinen Umständen angeht, daß die Einrichtungen der freiwilligen Wohlfahrtspflege in erhöhtem Maße in Anspruch genommen werden, nur um dadurch städtisches Personal und städtische Anstalten frei zu bekommen. Der Abbau an Personal und Einrichtungen der auf eine solche Art und Weise erzielt werde, wird von der sozialdemokratischen Fraktion auf das allerentschiedenste abgelehnt. Beim Schuletat sei zu fordern, daß endlich der Magistrat der Reuanstellung von Junglehrern seine Zustimmung gibt.

An den Oberbürgermeister Dr. Sahm richtet die Sozialdemokratie die Aufforderung, in Zusammenarbeit mit den Stadtverordneten seine Amtsgeschäfte zu führen. Mehr als bisher müsse der Oberbürgermeister dazu zurückkehren, die Stadtverordnetenversammlung verantwortlich an der Stadtoverwaltung teilnehmen zu lassen. Von der Erfüllung dieser Forderung wird die sozialdemokratische Fraktion ihre Stellung zum Oberbürgermeister abhängig machen.

## Der Abwehrkampf der Arbeiterschaft

Die Arbeiterschaft steht, so schloß Genosse Kreuziger, in schwerstem Abwehrkampf gegen die andrängende Reaktion. Sie wird dabei von der kommunistischen Partei, die auch vorgibt, Arbeiterinteressen zu vertreten, auf das schwerste bekämpft, beschimpft und behindert. Die Sozialdemokratie ist solchen Kampf gewohnt. Sie hat die Tage des Reichslägerverbandes überdauert, sie hat Wilhelm, den Zerschmelzer, überlebt, sie wird auch Adolf, den Zermalmter, überdauern. Sie kann wohl zeitweise zurückgeworfen werden, aber sie kann nicht besiegt werden. Bei der Sozialdemokratie wehen die Banner der Zukunft (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Soj.)

## Der letzte Weg

Beisetzung Gertrud Bindernagels

Auf dem Waldfriedhof Westend an der Hoerstraße fand gestern nachmittags um 3 Uhr die Trauerfeier für die von ihrem Mann, dem ehemaligen Bankier Hinge, niedergeschossene Kammerjägerin der Städtischen Oper, Gertrud Bindernagel, statt. Neben dem fast vollständig erschienenen künstlerischen und technischen Personal der Städtischen Oper und zahlreicher Vertreter der Berliner Kunstwelt hatten sich ungezählte Tausende auf dem Waldfriedhof eingefunden, um der verstorbenen Künstlerin die letzte Ehre zu erweisen. Die Mutter der Ermordeten, ihre beiden Schwestern und ihre kleine Tochter Erika waren erschienen. Der Sarg war über und über mit weißen Kranzthemen bedeckt. Nach den Worten des Geistlichen überbrachte der Stadtkämmerer, Genosse Hugo Heilmann, Ehrenbürger der Stadt Berlin, in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglied der Städtischen Oper die letzten Grüße und den Dank im Namen der Stadt Berlin. Gertrud Bindernagel habe gerade in unserer schweren Zeit den hohen Sinn der Kunst erfüllt, der die Er-

lösung von dem Gewöhnlichen und Alltäglichen bedeute. Stets werde man in tiefer Dankbarkeit der großen Künstlerin und ihrer Leistungen gedenken. Am Sarge sprach dann noch der Intendant der Städtischen Oper, Prof. Ebert, und Präsident Walsover für die Genossenschaft deutscher Bühnengehörigen.

Da sich Kind und Mutter der Verstorbenen in großer finanzieller Not befinden, wird um Unterstützung der Hinterbliebenen gebeten. Spenden können auf das Postcheckkonto Berlin 720 00 oder bei sämtlichen Depositenstellen der Deutschen Bank auf das Konto Intendant Karl Ebert mit dem Zusatz „Für Kind und Mutter von Gertrud Bindernagel“ eingezahlt werden.

## Gemeinsam in den Tod

Aus Verzweiflung über jahrelange Arbeitslosigkeit ging der 34 Jahre alte Arbeiter Friedrich Leicher mit seiner um vier Jahre älteren Frau Dora in den Tod. Das Ehepaar wurde gestern abend in seiner Wohnung in der Osterstraße 31 in Neukölln durch Gas vergiftet tot aufgefunden. — Vom Balkon ihrer im dritten Stockwerk des Hauses Kanstr. 135 gelegenen Wohnung stürzte sich gestern früh die 64jährige Frau Regina H. auf die Straße hinab. Die Unglückliche war auf der Stelle tot.

# KARSTADT-Lebensmittel

Unsere Lebensmittel-Abteilungen stehen unter ständiger Kontrolle des öffentlich angestellten und vereidigten Chemikers Herrn Dr. Zellner und des Stadt-Tierarztes i. R. Herrn Dr. med. vet. Entress

WEINE, SPIRITUOS.	DELIKATESSEN	KONSERVEN etc.	KOLONIALWAREN
Frankenweiler 10 L. 8,90, 1 L. 0,85	Lübb. Dillgurken, Stck. an 0,05	Jg. Schnittbohnen... 1/2 Ds. 0,42	Bassein-Reis... Pfd. 0,15
Nierst. Domtal 10 L. 8,80, 1 L. 0,85	Senfgurken... Pfd. 0,30	Jg. Erbsen m. Karotten 0,38, 0,71, 0,58	Kartoffelmehl... Pfd. 0,18
Uffel span. Rotw. 10 L. 9,90, 1 L. 0,95	Portug. Oelsardinen... 5 Ds. 0,78	Stangensparg. mittel 1/2 Ds. 1,40	Auszugmehl... an Pfd. 0,24
2ßer Franzos. rot. Bord. m. Fl. 1,60	Fischmarin. 1 L. Ds. 8,56, Port. Ds. 0,25	Pflaumen m. Stein... 1/2 Ds. 0,48	Hafertlocken... Pfd. 0,20
26er Haut Sautern. m. Fl. 1,85	Bücklinge... Pfd. 0,24	Schattenmorellen m. Stein 1/2 Ds. 0,93	Hartweizengrieß... Pfd. 0,24
30er Iphöl. Burgweg Boxb. Fl. 1,40	Sprossen... Kst. ca. 1 Pfd. 0,36	Pflaumenmus „Thuringia“ Topf 0,97	Eierschnittmehl... Pfd. 0,38
Jam. Rum Versch. 38% m. Fl. 2,80	Flundern, geräuchert, 1/2 Pfd. 0,20	Rübensaft naturrain... Ds. 0,58	Sultaninen... an Pfd. 0,26
Wachholder... 1 Ltr. m. Fl. 2,85	Aal in 1/2 u. 1/4 Stücken, 1/2 Pfd. 0,78	Kunsthonig „Magusta“ Pak. 0,39	Mischobst... Pfd. 0,36
WURSTWAREN	DIVERSE KÄSE	BUTTER, EIER, FETTE	KONFITUREN
Holst. Rot- u. Leberwurst Pfd. 0,58	Feiner Harzer ca. 1 Pfd. Pk. 0,25	Molkereibutter... Pfd. 1,12	Rhein. Spekulatius... Pfd. 0,50
Dampfwurst... Pfd. 0,75	Frischer Weißkäse... Pfd. 0,34	Tafelbutter... Pfd. 1,40	Nürnberg. Mischung Pfd. 0,60
Landleberwurst... Pfd. 0,84	Camembert vollf. 7 Stck. 0,35	Markenbutter... Pfd. 1,44	Gebäck-Mischung... Pfd. 0,80
Knoblauchwurst... Pfd. 0,98	Allg. Stangenkäse 20% Pfd. 0,42	Bratenschmalz... Pfd. 0,43	Sandgebäck I... Pfd. 0,80
Cervelat u. Salami... Pfd. 1,15	Tilsiter o. Rd. 20% Pfd. 0,45	Griebenschmalz... Pfd. 0,52	Dominastine Dopp.-Füllg. Pfd. 1,00
Homburg Gekochte... Pfd. 1,28	Briekäse vollfett... Pfd. 0,58	Rohschmalz... Pfd. 0,46	Pralinen-Misch. o. Creme Pfd. 1,00
Feldtdarmwurst Holst... Pfd. 1,35	Steinbuscher u. Edamer Pfd. 0,68	Schmelzmargarine an Pfd. 0,50	Volim. Nuß an Nußbruch Pfd. 1,00
Speck mag. Pfd. 0,98, ten Pfd. 0,66	Frühstückskäse... 3 Stück 0,25	Kokosfett... 3 Pfd. 0,88	Volim. „Macco“ Nuß, Krok. Stg. Tr. 0,10
OBST- UND GEMÜSE	WILD UND GEFÜGEL	FRISCHE FISCHES	FRISCHFLEISCH
Amerik. Tafeläpfel 3 Pfd. 0,74	Fr. Suppenhühner an Pfd. 0,84	Kabeljau o. K. L. G. Pfd. 0,16	Gehacktes... Pfd. 0,48
Kochäpfel große... 2 Pfd. 0,35	Oderer Mastgänse an Pfd. 0,75	Kabeljaufilet... an Pfd. 0,24	Ochsenfleischbrat. gesp. o. Kn. 0,78
Ananas i. Gz. an Pfd. 0,50	Jg. Mastenten... an Pfd. 0,78	Rotbars u. Seelachs o. K. Pfd. 0,18	Schw. Schinken m. B. an Pfd. 0,68
Zitronen... an Dtz. 0,39	Fasanen... an Stck. 1,98	Grüne Heringe... an 3 Pfd. 0,35	Rückenfett bratfertig... Pfd. 0,74
Rot. Weiß- Wirsingkohl 3 Pfd. 0,10	Fr. Hirschblättern... an Pfd. 0,48	Bratschollen... an 3 Pfd. 0,38	Kaßler-Kamm... Pfd. 0,72
Möhren, Kohlrüben... 3 Pfd. 0,10	Hirschkeule... an Pfd. 0,85	Reizunge u. Heilbutt... Pfd. 0,38	Kaiserragout... Pfd. 0,98
Spinat... 3 Pfd. 0,10	Wildschweinkeule... Pfd. 1,00	Leb. Karpen u. Heide an Pfd. 0,60	Hammelragout... Pfd. 0,54

Bestellungen über 5 Mark unter F6 Baorwald 0012 werden prompt erledigt in den Dachhallen spielen die Kapellen Emil Röösx und Gerhard Hoffmann

### SCHLAGER DER WOCHE

Speckwurst, Jagd-Landl. feine Leberwurst Stck.	0,50
Allg. Schweizer vollfett... an Pfund	0,88
Margarine 3 Pfund...	0,74
Sauerkohl 2 Pfund...	0,15
Hasen gastr. u. ausgew. ... an Pfd.	0,78
Weinbrand Verzchn. 35%... 1/2 Fl. m. Fl.	2,35
Haushalt Kakao stark entölt... Pfund	0,50
Brechspargel kurze Abschnitte... 1/2 Ds.	0,85
Erdbeer-, Kirsch, Aprikos.-Konf. ca. 2 Pfd.-Z.	0,98
Kaffee Pfund... 2,60, 2,40	1,90
Lebend. Plötzen Pfund... an	0,28
Bananen Pfund...	0,24
Rosenkohl 2 Pfund...	0,25

Mengenabgabe vorbestellen Verkauf soweit Vorrat

# Rekord-Tage

gehen weiter!

in jeder Preislage Höchstleistungen!

-38 -68 -88 138 175 275 375 475 675



# Kurbelt der Suff die Wirtschaft an?

Von Hoover dem „Trockenen“ zu Roosevelt dem „Nassen“

Die amerikanische Präsidentschaftswahl stand im Zeichen der „Prohibition“, im Zeichen des Kampfes um das Alkoholverbot. Der Wahlsieg Roosevelts über Hoover ist zugleich der Sieg der „Nassen“ über die „Trockenen“, der Alkoholfreunde über die Alkoholgegner. In Amerika wie in Europa gibt es Leute, die glauben und die Meinung vertreten, als könnte die

## Aufhebung des Alkoholverbotes als „Zündung“

für die Konjunktur-Anfurbelung wirken. Einmal würden in Amerika große Kapitalbeträge neu investiert werden, was von starker Wirkung auf Baumarkt und Ausstattungsindustrie sein würde. Dann aber würde die europäische Brauindustrie, speziell die deutsche ein großes Geschäft in Bierausfuhr machen können. Auf der Berliner Börse haben die Aktienkurse der Brauereien am Tage nach Roosevelts Wahlsieg geradezu Luftsprünge gemacht; so stiegen beispielsweise die von Schultheiß-Bahnhof vom 8. bis zum 9. November von 61 auf 67½, die von Engelhardt von 92 auf 100, die von Dortmund Union von 171 auf 176 Prozent. Gestern kamen sie allerdings wieder schnell herunter, aber die Brauereieraktien gehören nach wie vor zu den „bevorzugten Werten“.

Wie sieht es nun tatsächlich mit den Anfurbelungsmöglichkeiten? Zunächst besteht die Prohibition noch unverändert fort. Sie wird auch nicht so schnell aufgehoben. Einmal tritt Roosevelt sein Amt erst am 4. April nächsten Jahres an. Ferner ist das Alkoholverbot fest in der amerikanischen Verfassung verankert und zur Aufhebung des Alkoholverbotes ist eine Zweidrittelmehrheit im Repräsentantenhaus und im Senat erforderlich; im Senat ist sie — mindestens vorläufig — nicht vorhanden. So könnten noch zwei Jahre bis zur rechtlichen Aufhebung vergehen.

Sehr bald ist allerdings eine Milderung des Ausführungsgebotes dahin, daß Biere zu 10 Prozent Alkoholgehalt als „nicht berauschend“ zugelassen werden; außerdem leichte Weine.

In der Zeit bis zur rechtlichen Aufhebung des Verbots wird das amerikanische Braukapital Zeit haben und auch alles daran setzen, die Anlagen umzustellen. Denn man darf nicht vergessen, daß immer noch große Anlagen bestehen, die allerdings nur Leichtbier oder alkoholfreie Getränke herstellen — es handelt sich also im großen und ganzen nicht um einen neuen Aufbau, sondern wesentlich um einen Umbau und um Verbesserungen. Außerdem darf man nicht vergessen, daß das, was die Brauereien gewinnen, die ausgedehnte Kleinindustrie an alkoholfreien Getränken, Eisdrinks usw. verlieren wird. Schließlich wird der angeblich sehr bedeutenden ungeheuren Alkohalinindustrie Amerikas nebst dem organisierten Großschmuggel ein Ende bereitet werden. Im Jahre 1929 soll

der ungeheuerliche Alkoholumsatz fast 2,5 Milliarden Dollar

(11 Milliarden Mark!) erreicht haben und damit größer als der Alkoholumsatz des Jahres 1914 mit 1,8 Milliarden Dollar gewesen sein!

Dieser ungeheuerliche Handel mit seinen üblen

### Korruptionserscheinungen

war es, der die Prohibition dem Amerikaner allmählich so verhaßt gemacht hat. Der ameri-

kanische Bund hat zur Durchführung des Alkoholverbotes ungeheure Kosten aufwenden müssen, die zwischen 30 und 400 Millionen Dollar jährlich betragen haben sollen (die letzte Schätzung ist zweifellos eine stark übertriebene Inter-essentenangabe!).

Wie hoch der Alkoholverbrauch je Kopf der Bevölkerung sein wird, ist schwer zu schätzen. Die langjährige Entwöhnung wird ohne Zweifel eine starke Hemmung sein. In Deutschland wurden im letzten Jahre etwa 57 Liter je Kopf der Bevölkerung konsumiert, in den Vereinigten Staaten vor dem Kriege etwa 82 Liter, davon wurden nur 5 Liter aus der Einfuhr gedeckt. Eine weitere Hemmung für starken Alkoholverbrauch werden die hohen Steuern sein, gegen die die deutschen Steuern als äußerst milde erscheinen werden.

In die Einfuhr werden sich Deutschland, England und die Tschechoslowakei zu teilen haben; diese drei Länder führten vor dem Kriege zusammen etwa 5 Millionen Hektoliter jährlich ein.

Auf jedem eingeführten Liter Bier liegt aber heute ein Zoll von 1,25 Mark, das ist das **Umdertausendfache des deutschen durchschnittlichen Ausschankpreises!**

Wenn also die deutsche Brauindustrie nach Aufhebung der Prohibition jährlich etwa zwei Millionen Hektoliter nach den Vereinigten Staaten ausführen wird, dann wird das sehr viel sein. Das wäre aber auch nur ein Zwanzigstel der sehr niedrigen Bierproduktion des letzten Jahres und würde einen Wert von etwa 100 Millionen Mark ausmachen.

Dagegen wird eine deutsche Spezialindustrie, die der

### Spezialmaschinen für Brauereien.

eine bemerkenswerte Geschäftsbelegung erfahren, da auf diesem Gebiete Deutschland unbedingt führend ist. Den Vorteil wird vor allem eine deutsche Firma, die Enzinger-Unian-Werke, haben, deren Aktienkurse dementsprechend in wenigen Tagen von 72 auf 81 Prozent anstiegen. Man rechnet damit, daß die deutsche Maschinenindustrie Aufträge von annähernd 100 Millionen Mark auf diese Weise erhalten könnte. Außerdem dürfte deutsches Fachpersonal nach Amerika geholt werden. Denn immer noch beruht die Güte des Bieres auf der Fähigkeit des Braumeisters.

Alles in allem darf man sich also keine übertriebenen Vorstellungen von den Auswirkungen der Aufhebung des amerikanischen Alkoholverbotes machen. Je mehr Zeit bis zur endgültigen Abschaffung vergeht, desto weniger werden diese Wirkungen zu spüren sein, desto weniger werden die europäischen (die deutschen) Industrien davon profitieren. Wenn also Roosevelts Wahlsieg ein Geschäft ist, so ist es das vorläufig nur für die Spekulanten an der Börse.

## Zölle nach Subventionen?

Durch die Juni-Ratverordnung hatte die Reichsregierung dem privaten Zinkbergbau eine Subvention von 6 Mill. M. für das zweite Halbjahr 1932 zugewilligt. Da die in öffentlicher

hand befindlichen Bergwerke — entgegen dem Willen des Reichsrats — keine Unterstützung erhielten, wurde diese Aktion tatsächlich zu einem Geschenk an zwei Privatfirmen, an Stolberg und Giesche, was allerdings vollkommen in die wirtschaftspolitische Linie der Papen-Regierung paßt.

Jetzt haben sich der Zinkbergbau und die Zinkhüttenindustrie (die zum großen Teil ausländische Erze verhütet) zusammengesetzt und von neuem die Forderung nach Zinkzöllen erhoben. Diese Forderung ist schon oft und schlagend als volkswirtschaftlich-unsinnig zurückgewiesen worden. Ihre Erfüllung würde zu einer ganz unverhältnismäßig starken Belastung des deutschen Verbrauchs führen, da der größte Teil des deutschen Zinkbedarfs durch Einfuhr gedeckt werden muß. Aber die Interessenten lassen nicht locker. Nach der Subvention spekulieren sie auf Autarkiezölle.

## Die Pest der Kontingente England drosselt seine Fleischeinfuhr

Den unangenehmen Überraschungen, die Großbritannien allen seinen nicht zum englischen Imperium gehörenden Lieferländern mit den Verträgen von Ottawa bereitet hat, setzt England jetzt durch eine weitgehende Kontingentierung der Fleischeinfuhr zum Schutze der einheimischen Landwirtschaft die Krone auf.

Wie der Landwirtschaftsminister im englischen Parlament erklärte, wird der Import von süd-

amerikanischem Hammelfleisch um 30 Proz. und von Rührfleisch um zunächst 10 Proz. gedrosselt. Wenn sich danach die Preise für die englischen Viehzüchter noch nicht bessern sollten, sind verschärfte Kontingente in Aussicht genommen. Außerdem sind Verhandlungen mit Dänemark, Schweden, Holland und Lettland im Gange, die eine Kontingentsbeschränkung der Schinken- und Speckimporte um 20 Proz. zum Ziele haben.

Die Kontingentspläne der Regierung fanden auf der äußersten Rechten begeisterte Zustimmung. Das Organ der Arbeiterpartei kritisiert in scharfer Tonart die völlige Kapitulation der „nationalen Regierung“ vor den agrarischen Rebellen und prophezeit eine allgemeine Fleischauteuerung in England.

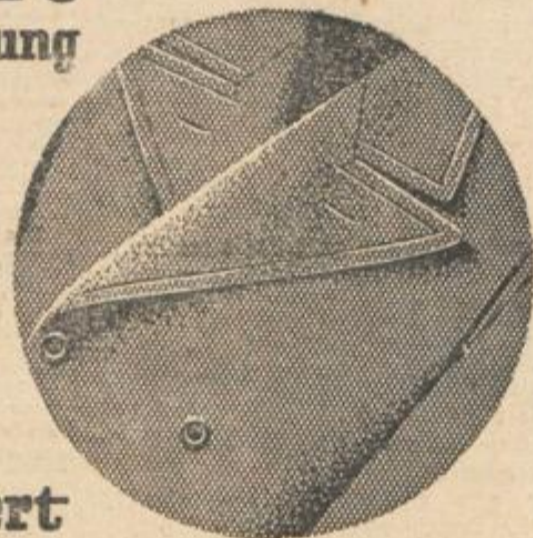
### Sturm in Kopenhagen

Die englischen Kontingentsdrohungen haben in Kopenhagen, wo sich seit Bekanntgabe der deutschen Kontingentspläne eine ausgesprochen pro-englische Stimmung in handelspolitischer Hinsicht durchgesetzt hatte wie eine Bombe eingeschlagen. Dänemark würde bei einem Schinken- und Speckexport nach England von jährlich 300 Millionen Kronen etwa 60 Millionen Exportwert durch die 20prozentigen Kontingente verlieren. Als Repressalie gegen England wird daran gedacht, den Bau der großen Stortrömsbrücke, für den Millionen erforderlich sind, nicht nach England zu vergeben.

Achtzig Fischerdampfer in Wefermünde stillgelegt. Die angekündigte Stilllegung von 40 Proz. der deutschen Hochseefischerflotte ist durchgeführt worden. Von der Stilllegung werden 80 Dampfer betroffen, die zum größten Teil bereits stillliegen oder nach Beendigung der augenblicklichen Fangreise nicht wieder auslaufen.

Leuz 3126 20. 1932

Der **5** fache  
Mehrwert  
der E&D-Kleidung



Der **3** Mehrwert  
Zuschnitt nach E&D-System

Der Mann mit seiner ausgeprägten Individualität verlangt Kleidung mit Charakter. Deshalb sind für den Zuschnitt der echt E&D-Kleidung bis in die kleinsten Einzelheiten durchdachte Richtlinien festgelegt, die ihr „individuelle Eigenart“ sichern und deren Durchführung von E&D ständig persönlich überwacht wird. Verständnissvolle Fachleute, Meister der Zuschnidekunst schaffen so

E&D die Kleidung der Persönlichkeit

- Der **1** Mehrwert: „die siebenfache Kontrolle“
- Der **2** Mehrwert: die formgebende Ausarbeitung
- Der **3** Mehrwert: „Zuschnitt nach E & D-System“
- Der **4-5** Mehrwert folgen in den nächsten Anzeigen

Unsere Hauptpreislagen für gute Anzüge und Mäntel:

**38- 48- 58- 68- 78-**

**Erders & Dyckhoff**

Gertraudenstr. 8/9, an der Petri-Kirche

## Deutsche Exportverluste

Ausfuhrüberschuß von 1962 auf 847 Millionen gesunken

Die Entwicklung des deutschen Außenhandels im dritten Vierteljahr 1932 gibt auf der Einfuhr- wie auf der Exportseite noch keine Anhaltspunkte für irgendwelche fühlbaren Belebungszeichen in der internationalen wie in der deutschen Wirtschaft.

Die rückläufige Bewegung der Einfuhr hat sich auch im 3. Quartal fortgesetzt. Mengenmäßig betrug die Abnahme gegenüber dem 2. Quartal 3 Proz., wertmäßig aber 7½ Proz., da die Durchschnittswerte der Gesamteinfuhr um etwa 4½ Proz. gefallen waren. Diesem Rückgang entspricht ein Sinken der Einfuhrwerte um 86 Millionen Mark, wovon 47 Millionen auf Lebensmittel, 24 Millionen auf Rohstoffe und 15 Millionen auf Fertigfabrikate entfallen. Als ein günstiges Zeichen kann bewertet werden, daß die Durchschnittspreise für Rohstoffe nur noch um 3 Proz. gefallen sind gegenüber einer 6½ bzw. 5½prozentigen Senkung der Durchschnittswerte für eingeführte Lebensmittel und Fertigfabrikate.

Die Ausfuhr ist mengenmäßig vom Juli bis September um ½ Proz. gegenüber dem 2. Quartal gestiegen, wertmäßig aber bei weiterem Fallen der Exportdurchschnittswerte um 6 Proz. um 79 Millionen Mark gesunken, was einem Rückgang von 5½ Proz. entspricht. Im einzelnen ist der Exportwert nach Sowjetrußland um 46 Millionen, nach Frankreich um 25 Millionen und nach der Tschechoslowakei um 8 Millionen gesunken, dagegen nach Großbritannien überraschenderweise um 21 Millionen Mark gestiegen. Hier war allerdings in dem vorher-

gehenden Quartal infolge des im April in Kraft gesetzten Hochschutzzolltarifs der deutsche Export abnorm zusammengeschrumpft. Die Handelsbilanz schließt im 3. Quartal mit einem Exportüberschuß von 245 Millionen ab, so daß sich für die Zeit vom Januar bis September 1932 ein Ausfuhrüberschuß von 847 gegen 1962 Millionen Mark ergibt.

An diesen enormen Exportverlusten sind nicht allein die hohen Schutzzölle und andere Abperrungsmassnahmen des Auslands schuld, sondern der verderbliche Kurs der deutschen Handelspolitik, insbesondere unter dem kurzen Regime der Barone, hat den deutschen Ausfuhrindustrien kaum zu heilenden Wunden geschlagen, denen schlimmere noch folgen sollen.

Greifen wir nur einige der wichtigsten Länder, die von der geplanten deutschen Kontingentspolitik betroffen werden, heraus: Die Handelsbilanz Deutschlands schließt in den Monaten Januar bis September im deutsch-dänischen Wirtschaftsverkehr mit einem Aktium von 37,4 Millionen Mark, im deutsch-finnischen Handelsverkehr mit einem Aktium von 15,1 Millionen Mark, im deutsch-italienischen Handelsverkehr mit einem Aktium von 33,4 Millionen Mark, im deutsch-schwedischen mit einem Aktium von 100,6 Millionen Mark (!) und im deutsch-holländischen Handelsverkehr mit einem Aktium von 262 Millionen (!) Mark ab. Und diese hervorragenden Kunden Deutschlands stößt man in einer Zeit allgemeiner Transportnöte durch eine engstirnige Politik vor den Kopf!



# SCHICKSAL MASCHINE

151 ROMAN VON STEFAN POLLATSCHEK

Copyright Saturn-Verlag

Hinter ihr war Weltlin ins Zimmer getreten. Dasselbe Zimmer, in dem er vor einiger Zeit dem Toten gegenübergeessen war. Da stand der Schreibtisch, davor das bequeme Fauteuil, zur Seite der Stuhl, auf dem er geessen war. Aber — was war das? Am Boden lag Krüger. Ihm zur Seite kniete Erna, ein weißes Tuch, das auf dem Gesicht des Toten gelegen war, hatte sie behutsam weggezogen und Weltlin sah in ein übernatürlich weißes Antlitz. An der Schläfe klappte ein kleines, schwarz umrandetes Loch. Das also genügt, um das Leben entziehen zu lassen? dachte Weltlin. Und er entfiel sich der verflochtenen Nacht. Da war er gelegen und hatte selbst an Gleiches gedacht. Die Hand nur hätte er ausstrecken müssen — und er wäre dagelegen wie dieser. Vielleicht wäre Krüger vor ihm gestanden, wie jetzt er vor ihm, vor seiner Leiche stand. Und er fühlte, wie sich ein Krampf in ihm löste, wie festsitzende Klarheit sein ganzes Wesen erhellte. Warum tatest du das, sprach eine Stimme in seinem Innern zu dem Toten. Aus Furcht? Aus Ueberdruß? Aus Ekel? Warum? Man hätte dich wohl verhaftet, wie? Man hätte dir den Prozeß gemacht und dich vielleicht auch bestraft? Aber du hättest gelebt! Du wärest im Gefängnis geblieben, hättest Papierdüten geklebt (und Weltlin sah sich selbst im Sträf- lingsgewand dieser Arbeit obliegen), aber du hättest gelebt, du hättest die Sonne gesehen und eines Tages wärest du wieder in Freiheit gewesen, hättest spazieren gehen können, die herrliche Luft genießen, dich von der Sonne bescheinen lassen können. Und nun liegst du da und Stille ist um dich und nichts sieht dich und nichts empfindet dich, weder Freude noch Schmerz, ein Klumpen Erde bist du, empfindungslos, ich könnte mit dem Fuß nach dir stoßen und du fühltest es nicht, während ich hier stehe und bald im Freien in Luft und Helle atmen werde, du dummer, dummer Mensch! Du meinst, daß dieser Zustand doch einmal gekommen wäre, auch wenn du ihn nicht selbst herbeigeführt hättest, daß er auch mich einmal erreichen wird — einmal, einmal! Ja, gewiß! Aber bis dahin hättest du gelebt, bis dahin hättest du geatmet, gelitten! Hättest Freude empfunden und Kummer, hättest gesehen, gefühlt und geliebt! So lange wirst du nun tot sein, auf die paar Jahre ist dir's angekommen, du dummer, dummer Mensch?! Du bist geflüchtet — wohin? Ins Nichts, das dir ja doch nicht erspart geblieben, in die Vernichtung, der du doch nicht entronnen wärest! Und wenn ich nun von dir gehe, du armer, dummer Mensch und in der nächsten Stunde tot zu Boden stürzt, wenn mich ein Auto überfährt, ein herabfallender Stein zerschmettert, ein Schmerz mich tötet — diese Stunde habe ich doch gelebt, die habe ich voraus vor dir, ich lebe und du bist tot!

Weltlin riß sich aus seinen Gedanken. Er sah nach Erna. Die hatte sich erhoben und schritt rasch aus dem Zimmer. So rasch ging sie, daß er Mühe hatte, ihr zu folgen.

Als Weltlin frühmorgens die Fabrik betreten wollte, bot sich ihm auf der Straße ein ungewohntes Bild. In kleinen Gruppen standen Arbeiter vor dem Gebäude.

Einige grüßten, andere sahen weg, als sie ihn erblickten. Weltlin dachte zunächst an Streit, aber im Betrieb wurde gearbeitet — wie gewöhnlich. Er erkundigte sich bei Hanau, der ebenfalls über die Ursache der Ansammlung nichts wußte und gab dann Auftrag, die Polizei für alle Fälle in Kenntnis zu setzen.

Die eingelaufene Post, die er mit Vechner und den einzelnen Abteilungs-Vorständen durchsah, war recht erfreulich. Trotz der herrschenden schweren Wirtschaftskrise war der Eingang an Ordres gleichmäßig stark. Die Reisenden und Vertreter berichteten, daß die Konkurrenz nun ganz bedeutungslos geworden sei und kaum mehr Offerten

mache. Dabei war es Weltlin gelungen, mit der gleichen Arbeiterzahl sein Auslangen zu finden und wenn sich die Berechnungen, die Crusius an einer vorzunehmenden Verbesserung seiner Erfindung eben anstellte, als richtig erweisen sollten, dann könnten noch mehr Arbeiter entlassen, das Produkt noch weiter verbilligt werden. Weltlin sah bereits, während er in den Papieren blätterte und Weisungen an seine Mitarbeiter erteilte, all diese Neuerungen durchgeführt, wurde aber von Vechner aus seinen Träumen gerissen. Der Prokurist wies auf die Geldschwierig-

keiten hin, die eine Hereinnahme all dieser Aufträge zweifellos herbeiführen würde. „Ja, Sie haben recht, merken Sie vor, daß ich dann Krüger anrufe.“

Vechner sah Weltlin vorwurfsvoll an. Zu oft ereignete es sich in letzter Zeit, daß der Chef nicht bei der Sache, daß er geistesabwesend war.

„Ach ja, Krüger ist tot“, sagte Weltlin und vor ihm tauchte eine Vision auf: der tote Krüger ging spazieren, Arm in Arm mit Erna und aus einer kleinen, schwarzumrandeten Wunde floß rotes, dickes, schweres Blut...

Der Träumende wurde aufgeschreckt. Er hörte auf sich einsprechen. Es war Vechner. Ein Abnehmer hatte geschrieben, daß er andere Waren geliefert erhalten, als er bestellt hatte. Der schuldtragende Beamte wurde herbeigerufen, zitternd trat ein langer, schmaler, etwas ältlicher Mensch im abgetragenen Bürorock ein. Der Fehler wurde ihm vorgehalten, der Beamte suchte sich zu rechtfertigen. Vechner ließ keine Entschuldigung zu: der Schaden werde berechnet wer-

den und sei von dem Beamten in monatlichen Raten zu bezahlen. Weltlin stellte fest, daß der Mann von seinem bescheidenen Einkommen wohl zwei Jahre hindurch an der Abstattung werde tragen müssen, doch er mengte sich in die Debatte nicht ein, als berührte sie ihn nicht.

Es folgten eine Reihe unangenehmer Briefe. Im fernen Osten hatte eine Handelsgesellschaft die Zahlungen eingestellt. Das bedeutete für das Unternehmen einen Verlust von beträchtlicher Höhe. Eine Schiffsladung, die wertvolle Rohmaterialien für die Fabrik führte, war in Genua verbrannt und wenn auch der Schaden durch Versicherung gedeckt war, die Kontinuität der Erzeugung litt empfindlich darunter. Da war das Schreiben eines Vertreters, in dem von drohender Zollerhöhung die Rede war, hier eine Zuschrift der Steuerbehörde, die Vorhalte über angegebenen Umsatz und Erfolg machte und Aufklärung wünschte. Da wurde gemeldet, daß Ware in unbrauchbarem Zustand angekommen sei, hier kam die Anzeige einer Bank, daß Kasse nicht eingelöst worden waren. (Fortsetzung folgt.)

## Die Bootsfahrt

Eine Geschichte aus U.S.A. / Von Sylvester Pepper

Sejim war mein Freund; ich hatte ihn in Frisco auf einem Arbeitsnachweis kennengelernt, und wir waren zusammen losgetipelt bis runter nach Monterey und dort hatten wir in der vornehmen Del Monte Lodge Arbeit gefunden. Sejim als Koch für die kalte Küche und ich als Abwäscher. Wir hatten ein Zimmer zusammen, und die Arbeit war nicht sehr schwer. Manchmal waren überhaupt keine Gäste da und wir kochten nur für uns selber. Es war im Sommer, die Berge waren grün und der Himmel hatte jeden Tag eine strahlende Sonne. Und wir hatten viel freie Zeit, der Geschäftsführer klagte, es war ein kleiner Mann mit schütterem grauem Haar, „das Personal frißt ja das Unternehmen dankerott“, sagte er, aber die vornehmen Autos rollten vorbei, manchmal blieb eine kleine Gesellschaft zum Lunch, dann piffte Sejim und schnitt Tomaten und rote Rüben und ich kriegte davon auch immer etwas ab.

Die Nachmittage waren frei. Und das Meer lag blau und weit, wir badeten und saulerten im Sande, bauten Burgen und Kanäle, und die Sonne bräunte unsere Haut. So gut hatten wir es lange nicht gehabt, so satt zu essen, ein Dach über dem Kopf und die Bezahlung war auch nicht allzu schlecht. Wir bauten ein Lager am Strande und verbrachten die Nächte draußen. Wir waren beide noch nicht zwanzig Jahre und konnten der Romantik eines nächtlichen Feuers natürlich nicht widerstehen. Sejim sang traurige Lieder aus seiner Heimat, Liebeslieder, er stammte aus irgendeinem Nest auf dem Balkan, und dann lagen wir wach, und die gelben Sterne himmerten in unsere Augen.

Wir versuchten, mit der blonden Telephonistin anzubändeln, aber der waren wir zu gewöhnlich, die verkehrte mit dem Oberkellner. Und sonst waren keine Mädchen weiter da, aber im Stalle standen zehn Pferde für die Gäste, die auch nicht da waren, sie standen schon lange und schlugen schon fast die Berschlüge entzwei. Und Sejim und ich ritten los. Immer am Strande entlang, hopp-hopp-hopp, und die Tiere waren ganz wild von soviel Weite, und eines Tages stog Sejim aus dem Sattel und knallte in den Sand. Er spuckte etwas Blut, und von den Pferden hatte er genug. Dann machte ich aus Langweile ein paar Gedichte, aber Sejim verstand kein Wort Deutsch, und ich ließ es wieder sein. Es macht eben ohne Publikum nicht den richtigen Spaß.

Eines Tages kam Sejim ganz aufgeregt ins Zimmer gerannt. „Eben ist eine wunderbare Frau vorbeigefahren, sowas, solche Augen, und angelacht hat sie mich auch!“ Er war sich auf sein Bett und strampelte mit den Beinen. „So, vorbeigefahren, na ja“, sagte ich und schrieb weiter an einem Briefe für ein Mädchen in Deutschland. „Eine Künstlerin ist sie“, schwärmte Sejim weiter, „sie malt und in Carmel hat sie eine Villa.“ Da lag er nun auf dem Bett und war in eine Frau verknallt, die eine Künstlerin sein sollte und nur vorbeigefahren war. Und auch noch eine Wissa, es war ein bißchen ungläubhaft. Aber Sejim bestand darauf, der GOLFlehrer hatte es ihm erzählt, und

er meinte, daß wir etwas unternehmen müßten. Carmel by the Sea war ja nun die nächste Ortlichkeit, und ich wußte auch, daß es eine Künstlerkolonie war. Ich war schon mal in der Buchhandlung dort gewesen und hatte einen ganzen Monatslohn in Büchern vernascht. Aber ich war immer noch sehr steptisch. „Wenn du sie gesehen hättest!“ sagte er, und tanzte wieder im Zimmer umher und sang und piffte, daß der misanthropische Shorty wütend an die Wand pochte und Ruhe verlangte.

Am anderen Tage schleppte er mich mit zum Bootshaus. „Wir fahren hin“, sagte er, „wie die Argonauten.“ „Du hast ja keine Ahnung von diesen Leuten“, sagte ich ihm, „du leibst an einer Zwangsvorstellung, du bist verrückt, Mann, und überdies ist das Meer in dieser Jahreszeit gefährlich.“

Das Meer lag glatt wie eine himmelblaue Tischdecke, winzige weiße Schaumtröten schaukelten manchmal auf, es war allerliebste. Ich schaute in den klaren Himmel und prophezeite einen schweren Sturm. „Es liegt etwas in der Luft“, sagte ich, „vor dem Taifun im Gelben Meer war es genau so.“

„Hier, laß mal mit an“, sagte er, „na los, eins, zwei, drei, hopp!“

Das Boot schaukelte auf den kleinen Wellen. „Es ist Wahnsinn, Sejim“, sagte ich, „du kannst nicht mal richtig schwimmen.“

Er stieß ab und legte sich in die Riemen. Und es war nur ein kleines Boot und das, worauf wir jetzt ganz lustig schwammen, das war der Anfang des Großen Ozeans. Sejim sang und ruderte. Sein Gesicht glühte heiß und freudig, man konnte dem Kerl nicht böse sein. Aber die Wellen waren doch viel größer hier draußen als man am Strande gedacht hatte, und das Boot schaukelte, und an der Spitze zerbrach das Wasser und machte schwappt. Es war ein böses Geräusch und bedeutete sicher nichts Gutes. Wir mußten ziemlich weit hinausrudern um eine Landzunge herum, die ins Meer hineinragte, und ein Küstendampfer fuhr ganz in unserer Nähe vorbei.

„Ist es nicht herrlich?“ fragte Sejim und ruderte mit Absicht in das Kielwasser des Dampfers hinein. Das Boot schwante, versank in den Abgründen schäumender Wellen und stieg dann wieder empor wie eine Luftschaukel, doch man es bis tief in den Magen spürte. Ich hielt mich fest und redete kein Wort mehr. Denn das reizte ihn nur zu neuen Tollkühnheiten, und ich hatte keine Lust, hier draußen kurz vor Carmel mit diesem Verrückten zu versinken.

Aus den Dünen am Strand ragten jetzt die ersten Häuser, wir waren noch immer weit draußen, und sie sahen wie Spielzeuge aus. Sejim zeigte auf einen einfachen weißen Bau, die großen, breiten Fenster fingen die Sonnenstrahlen auf und warfen sie hinaus aufs Meer. „Dort wohnt sie“ sagte er. Er ruderte auf das Haus zu. „Sie ist sicher längst abgereist“, sagte ich, „Künstler sind merkwürdige Leute.“ „Du mit deiner Kurzsichtigkeit“, sagte Sejim, „sie steht am Fenster und erwartet mich.“

Der Junge war ganz hin. Er hatte die Riemen eingezogen und ließ das Boot treiben. Er wurde melancholisch. Seufzte. Leise gluckte das Wasser am Holz des Bootes. Er war am Ziel und wußte nichts damit anzufangen. So eine Dämlichkeit. „Wink' ihr doch schon mal, wenn sie am Fenster steht, vielleicht kommt sie raus.“

Aber dazu kam er gar nicht mehr. Wir hatten ganz vergessen, daß wir uns in einem Boote befanden und ließen es der Länge nach parallel mit dem Strande treiben. Es war ja so still, und als wir ausschauten von einem plötzlichen Getöse, stand die große Welle schon wie eine grüne Mauer hoch über uns. Man konnte sich nur noch instinktiv zusammenucken. Das Boot schlug um, ich wurde gelohet und hinausgerissen und hatte Boden unter den Füßen als ich zum Stehen kam. Das Boot trieb kieloben in meiner Nähe, unsere abgelegten Kleidungsstücke schwammen zerstreut umher. Ich spuckte und wuschte mir das Wasser aus meinen Augen. Eben kam Sejims Kopf zum Vorschein, puuah, er prustete und schüttelte sich. Wir schauten uns an. Was war denn eigentlich passiert? Das Meer war doch ganz ruhig. Das war ja wie ein schlafendes Kind so friedlich.

Sejim warf einen scheuen Blick nach dem Hause. Da kam wirklich jemand die Treppe herabgeleilt, sie hatte sicher alles mitangesehen, unsere Unschicklichkeit, aber das geschah uns ganz recht. Wir zogen das Boot aus Trodene und erwarteten sie. Auch mein Herz klopfte. Es waren die Schritte einer Frau, die über den Sand kamen. Dann sagte eine Stimme im breiten Alabama-Dialekt, „Nestuh, die Lady wünscht drei Gallonen Royal Scotch für nächsten Sonnabend. Rei, wir ihr nach leid!“

Sejim juckte zusammen. Wir drehten uns um. Wir verstanden kein Wort. Eine ältere Negerin in einer weißen Schürze grinte uns freundlich an. „Es ist schon mal einer hier umgekippt“, erklärte sie strahlend, „das ist eine gefährliche Stelle. Ihr müßt vorsichtig sein, wenn ihr den Whisky bringt.“ Dann ging sie, breit und schlürfend, und verschwand im Hause. Eine Röwe schrie, „Fabelhafte Frau, Villa, Künstlerin, Scotch Whisky, Moon of Alabama“ sagte ich monoton. Sejim war ganz blaß...

Wir begannen, das Boot auszuschöpfen. Und kamen wieder zu uns. Es war lech und Sejim stopfte seine Jacke in das Loch. Er arbeitete wie ein Wilder. Und dann hatten wir eine höllische Mühe, das Boot durch die Brandung hindurch zu bekommen. Endlich glückte es, und wir schwammen wieder. Röh und frierend.

„Sejim“, sagte ich... Er erwiderte mir in seiner Rutterprache. Das klang nicht sehr nett. Aber mit der Zeit wurde er zugänglicher. „Die haben uns mit ihrem Alkoholhändler verwechselt, uns!“ Er lachte, und dann lachten wir zusammen. Es schallte über das Meer. Ganz hinten am Horizont lag ein Schiff. Außerhalb der Bannmeile, das war der Schmuggler. Und Sejim sagte: „Brrrr, die Schwarze! Zum Teufel mit den Weibern!“ Er redete wie ein alter Seemann.



